

PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim
Buchhandel, bei der Post und

Berlin, den 30. April 1910.

direkt beim Verlage
für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Theaterbillets.

Bibliothek
der
Wagtsberger Handelshochschule.

Die Berliner Theaterdirektoren sind in Nöten. Nicht erst seit heut und gestern, schon seit langem haben die meisten von ihnen mit schweren finanziellen Sorgen zu kämpfen. Sie haben sich vor Jahren bereits zu einem Verbande zusammengeschlossen. Der Verband ist bisher eigentlich mehr ein Antiverein gewesen, der sich gegen die Presse, die Schauspieler, die Gesetzgebung und gegen sonstige wirkliche oder vermeintliche Feinde der Theaterdirektoren richtete, als daß er positive Maßnahmen zur Hebung des Theatergeschäfts getroffen hätte.

Ich sage ausdrücklich zur Hebung des Theatergeschäfts. Ich bezweifle nicht, daß einzelne Theaterdirektoren einer künstlerischen Mission zu dienen glaubten, als sie ihr Szepter ergriffen. Ich bestreite auch nicht, daß mancher Direktor dieser Missionsarbeit treu geblieben ist. Aber ein Geschäft bleibt die Theaterdirektion auch für den Kunstmissionar. Ein gutes oder ein schlechtes, je nachdem er es versteht, die Durchsetzung seiner Ueberzeugungen dadurch möglich zu machen, daß er durch den Erfolg von Kassenstücken den Luxus, seinen literarischen Neigungen nachzugehen, paralytiert. Denn aus dem Himmel echter Literatur bezieht man zwar Manna für die Seele, aber die Nahrung für den Leib, den ja auch der Theaterdirektor nicht ungepflegt lassen kann, wächst auf der Erde, und der Weg zu ihr führt durch Hypothekenzinsen und Mieten. So muß also jeder Theaterdirektor ein Geschäftsmann sein oder doch mindestens einen solchen zur Seite haben.

Woran liegt es nun, daß die meisten Berliner Theater schlechte Geschäfte machen? Die Tatsache, daß in all diesen Fällen die

Ausgaben die Einnahmen übersteigen, oder daß zum mindesten das Plus in der Bilanz so klein ist, daß es den großen Umsatz nicht lohnt, ist ein gewisses einheitliches Moment in dieser Misere. Aber diese Tatsache kann aus verschiedenen Ursachen resultieren. Eine Sonderklasse bildet der Fall Reinhardt. Ich habe Herrn Reinhardts Bilanzen nicht gesehen. Aber man erklärt so laut und so oft, sie seien schlecht, daß ich nicht daran zu zweifeln wage. Gerade er aber hat über schlechte Einnahmen, wenn überhaupt hie und da, so doch im Durchschnitt viel weniger zu klagen als seine Kollegen. Das Geschäft des Theaterdirektors Reinhardt hindert der Regisseur Reinhardt. Dieser Regisseur hat, was seine Gegner auch immer einwenden mögen, unbestreitbare große Verdienste um die Berliner Theaterkunst. Seitdem der Meininger Ruhm zur Historie ward, hat Reinhardts Regie die Klassiker erst wieder neu belebt und populär gemacht. Während ins Schauspielhaus der klassische Theaterzettel nur noch Backfische und zarte Jünglinge lockte, hat das neue Leben in der Schumannstraße den Erfolg errungen, selbst die verwöhnte Lebewelt zu Shakespeare und Schiller zu ziehen. Es war Neues, das Reinhardt uns bot. Man kann darüber streiten, ob der Stil oft zur Stillosigkeit ausartete, ob er sich hie und da grober Pietätverletzung schuldig gemacht hat, aber interessant waren die meisten Abende, die er den Klassikern widmete, und auch die Feinde konnten sein starkes Können, selbst wo es daneben griff, nicht in Abrede stellen. Schmunzelnd strich der Kassierer die großen Einnahmen ein, wenn das Publikum die Kassen stürmte. Aber der Buchhalter, der

das Hauptbuch führte, zeigte sich weniger erfreut. Denn derselbe Regisseur, der das Publikum anzog, stellte hohe Anforderungen für die Durchführung seiner Pläne an die Kasse. Er war Künstler und nicht Geschäftsmann und litt nicht, daß sein Finanzminister durch Abstriche vom Etat gegen die Farbenfroheit des Meisters sündigte. Das mag denn oft schönes Geld gekostet und seinen Kapitalisten wenig Freude bereitet haben. Aber diese Seite des Falles Reinhardt interessiert die Deffentlichkeit nicht, denn die Schauspieler haben bisher stets ihre Gagen bekommen, und die Kapitalisten, die ihm Geld gaben, waren durchweg Leute, die einen Verlust verschmerzen konnten. Zum Teil sind sie sogar von solchem Schlage, daß ihnen überhaupt nichts an einem Gewinn lag. Es waren Mäzene. Und der Mäzen gleicht dem Gentleman, der ja bekanntlich zahlt und — schweigt.

Aber der Fall Reinhardt ist eben ein Einzelfall. Bei den anderen Theatern liegt der Fehler nicht an den übermäßig großen Ausgaben, sondern in der geringen Einnahme. „Das Geschäft geht nicht.“ Nicht erst seit heut und gestern. Vor Jahren schon haben wir diese Klagen gehört. Und die Theaterdirektoren sind meist den Weg gegangen, daß sie auf alle mögliche Weisen die Einnahmen zu vermehren trachteten. Meist auf Grund eines sehr einfachen Rechenexempels. Sie sagten: 1 Theaterbesucher bringen 1 Mark ein. Wenn wir jetzt von jedem Theaterbesucher 3 Mark mehr fordern, so erhalten wir die Gleichung: 1 gleich 1 plus 1 mal 3. Dieses algebraische Rechenexempel machte der Schulbildung der Theaterdirektoren alle Ehre. Aber leider war es wirklich nur Schulweisheit. Denn man hielt die Prämisse für selbstverständlich, daß die Zahl der Besucher auch zu den hohen Preisen dieselbe bleiben werde. Das war eine Täuschung. Aber aus ihr mache ich den Theaterdirektoren gar keinen Vorwurf. Denn ein Komödiant kann zwar einen Pfarrer lehren, aber klüger als ein Minister braucht er nicht zu sein. Und unsere Minister stellen ja in den Parlamenten ganz ähnliche Rechenexempel auf, wenn sie Eisenbahntarife, Portofäge und Fernsprechgebühren erhöhen. Wenn aber die Theaterdirektoren sich nicht die Minister, sondern die Kaufleute zum Vorbilde genommen hätten, so würden sie ihnen schon seit langem gesagt haben, daß der sicherere Weg zur Gesundung der Finanzen ihrer Institute der ist, die Zahl der Besucher zu mehren, und jeder junge Student der Nationalökonomie hätte ihnen überdies den Lehrsatz gepredigt, daß am ehesten zu dem Ziele, den Kreis der Interessenten zu mehren, die Methode führt, den Warenpreis herabzusetzen. Wenigstens für Luxusartikel. Und ein solcher Luxusartikel ist doch nun einmal das Theaterbillet.

Jetzt endlich ist nun das Fähnlein der Theaterdirektoren bei dem geheilten Gedanken angelangt, die Theaterbilletpreise herabzusetzen.

Wieder herabzusetzen muß man sagen, denn fast durchweg sind sie gegen früher erheblich erhöht worden, und wir gedenken heute wie an etwas längst Vergangenes jener Tage, da wir noch für 3 Mark das Recht erkaufen, uns im Parkett zu rädeln. Diese Erhöhung ist teils direkt, teils indirekt eingeführt worden. Indirekt, indem man das Parkett teilte und dafür die schönen Namen Orchesterstuhl, Fauteuil, erstes und zweites Parkett erfand. Diese Idee war im Grunde gar nicht so falsch, denn es gibt immer Leute, die das Bedürfnis haben, mehr zu zahlen als ihre Mitbürger. Und warum sollten die Theaterdirektoren diesen Sonderlingen nicht entgegenkommen? Nur wurde diese gesunde Idee übertrieben. Denn wo drei Reihen zu füllen gewesen wären, schuf man zehn und mehr Reihen für menschen scheue Prozen, und brachte der eigenen Tasche den Nachteil, daß für das hintere Parkett Bewerber abgewiesen werden mußten, während Duzende von Sesseln unbenutzt blieben. Teils aber war die Erhöhung auch direkt, indem man allgemein tüchtige Preisausschläge machte.

Den Ausgewählten, die von Monopolen zehrten, brachte solche Erhöhung keinen Schaden. Herr von Hülsen hatte weiter ein ausabonniertes Haus, und wer genügend Abonnten besitzt, der kann zwischendurch auch ruhig detonierende Sänger und stimmbrüchige Sängerinnen auftreten lassen, wenn er nur für wenige Monate des Jahres Tenöre und Sopranistinnen von großer Künstlerschaft Reklame singen läßt. Das Monopol, von dem Herr von Hülsen zehrt, führt den Namen Richard Wagner. Wie die Dinge sich allerdings nach 1913 hier gestalten werden, wenn Wagners Werke frei werden, das läßt sich unschwer sagen. Die anderen Monopole sind nicht in einer Hand. Es sind erfolgreiche Kassenstücke, die bald an jener, bald an dieser Bühne auftauchen, die großen Lose in der Theaterlotterie. Wem das Glück beschieden war, ein solches Los aus dem reich mit Nieten gefüllten Glücksrad zu ziehen, der kann hohe Preise fordern, der kann seinen Tempel in der entferntesten Stadtgegend aufmachen, ihm füllen sich die Kassen. Allein diese Lose sind selten. Und des Kassenstückes ungetrübte Freude wird außerdem selbst den glücklichen Besitzern solcher großen Lose nicht mehr zuteil, seitdem geschäftige Theateragenten die großen Schlager nur noch abgeben, wenn die Direktoren sich gleichzeitig verpflichten, noch ein paar Nieten für teureres Geld in Kauf zu nehmen.

Den weniger Glücklichen, die sich recht und schlecht durchschlagen mußten, blieb die Sorge, das Theater zu füllen. Weshalb blieb das Publikum fort? Die Anhänger der hohen Bilettepreise sagten: „Es sind in Berlin zu viel Theater.“ Das ist nicht unrichtig. Berlin hat bei rund drei Millionen Einwohnern etwa dreißig Theater. In London gibt es bei fünf Millionen Einwohnern fünfzig Theater. In

Paris aber neben sehr zahlreichen Spezialitätenbühnen auch fünfzig Theater, obwohl auch die französische Hauptstadt nur drei Millionen Einwohner beherbergt. Aber Paris ist mit Berlin nicht zu vergleichen. Paris hat einen Fremdenzustrom, der weit über dem Zufluß an Fremden in Berlin steht. Schon das allein rechtfertigt die größere Theaterzahl in Paris. Außerdem bedeuten fünfzig Theater in Paris und fünfzig Theater in Berlin schon deshalb nicht dasselbe, weil es sich dort in der Mehrzahl um viel intimere Theaterräume handelt. Berlin hat zuviel Theater. Und es wird viel zu viel sogenannte Kunststätten haben, wenn erst einmal all die vielen schwebenden Gründungspläne in die Praxis umgesetzt sein werden. Diese Tatsache eröffnet den Theaterdirektoren keine sehr rosigen Aspekte. Aber ist einmal die Ueberproduktion konstatiert, so gibt es doch nur ein verständiges Mittel, dem Schaden abzuweichen, das ist eben die Herabsetzung der Billetpreise.

Herr Fritz Engel hat neulich im Berliner Tageblatt eine Rechnung aufgemacht, aus der hervorgeht, daß ein Mann aus dem besseren Bürgerstande, der jetzt mit seiner Frau ins Theater geht, sich dieses Vergnügen ca. 30 Mk. kosten lassen muß. Die Theaterdirektoren können einwenden, daß sie ja nichts dafür können, wenn ihre Theaterbesucher nicht mit der Straßenbahn, der Stadtbahn oder der Untergrundbahn fahren, sondern Autos frequentieren, und daß das Abendessen nach der Theatervorstellung doch nicht zu den notwendigen Ausgaben eines Theaterabends gehört. Sie haben vollkommen recht. Aber sie müssen schließlich doch nun einmal mit den Berliner Gewohnheiten rechnen, die den Theaterbesuch durch Nebenausgaben verteuern. Allein ich glaube gar nicht einmal, daß die Leute, die Autos fahren und nach dem Theater soupiieren, später mehr ins Theater gehen werden; denn was spielen in ihrem Ausgabeetat zwei Mark mehr oder weniger für zwei Billets für eine Rolle. Dagegen ist dieser Betrag sehr wichtig gerade für jene Elemente, die vom Theater nach Haus gehen, die die Kosten für den Nachgenuß des Geschauten im Hotel oder Restaurant scheuen oder sie überhaupt nicht aufbringen können. In ihrem Etat sind zwei Mark eine große Summe. Und diese Leute sind es auch zweifellos, die gegen früher den Theaterbesuch eingeschränkt haben.

Diese Leute könnten durch zwei Dinge viel theaterwilliger gemacht werden: Einmal durch einen späteren Theateranfang, der es ihnen ermöglichte, in Ruhe nach dem Geschäftsschluß ins Theater zu gehen, und dann durch eine Herabsetzung der Billetpreise. Viele von ihnen genießen allerdings den Vorzug billiger Preise heute schon. Denn die Theaterdirektoren halten zwar offiziell an den hohen Preisen fest, geben aber inoffiziell die Plätze des halben Theaters

an Agenturen, die sie wie Sauerbier zu billigen Preisen ausbieten. Die Folge davon ist, daß viele Leute erst dann ins Theater gehen, wenn ihnen billige Billets angeboten werden. Dadurch verderben sich die Theaterdirektoren ihr Geschäft. Denn selbst wenn ihre Premieren gut rezensiert werden, bleibt ihnen ein großer Teil der theaterlustigen Besucher fern, weil sie wissen, daß bald die blauen Zettel mit den günstigen Theaterofferten angeboten werden. Vielleicht brauchte der Theaterdirektor regulär nach dem Erfolg des ersten Abends erst von der fünfundzwanzigsten Vorstellung ab die Billets zu verramschen. Weil aber jeder auf den Ramschkauf wartet, bleibt ihm so schon von der fünften Vorstellung an das Theater leer. Da sind denn in vielen Fällen nur wenige Duzend Billets voll bezahlt, der Rest sieht die Schaustellungen für die Hälfte der Kassenpreise.

So lange wie die vollzahlenden Besucher lediglich aus Fremden sich zusammensetzen, spielt das keine Rolle. Der Fremde, der sich von seinem Hotelportier das Billet besorgen läßt, fragt nicht nach dem Preis, vor allem aber kann er nicht beurteilen, ob sein Nachbar weniger als er bezahlt hat. Der Berliner aber weiß ganz genau, daß Herr X oder Herr Y, der neben ihm sitzt, die hohen Kassenpreise nicht zahlt, und geht er mit vollbezahlem Theaterbillet in die Vorstellung und sieht um sich herum Duzende von Bevorzugten, so ärgert er sich, fühlt sich geschädigt und kommt sobald nicht wieder ins Theater. Auf diese Weise haben also die Theaterdirektoren alles getan, um sich das Geschäft zu verderben und große Kreise des Publikums zu verstimmen.

Hier kann nur Feuer und Schwert heilen. Man muß die Preise offiziell herabsetzen. Ein paar Reihen kann man ruhig für teure Plätze abtrennen. Wenn man durchaus will, mag man diese sogar noch mehr als bisher erhöhen. Aber der Rest muß verbilligt werden. Da entsteht freilich eine andere Frage: Können die Theater bei billigeren Preisen bestehen? Verschlingen nicht Mieten und Zinsen so viel, daß sie bei billigen Preisen überhaupt nicht eingebracht werden können, selbst wenn die Theater Abend für Abend gefüllt wären? Ich fürchte, das wird sich bei manchen Theatern herausstellen. Denen ist dann aber nicht zu helfen. Diejenigen Theaterdirektoren aber, deren Kalkulation auf vernünftiger Basis beruht, werden aufatmen, wenn sie einmal den Mut zu der neuen Maßregel gefunden haben.

Sie brauchen nicht gleich radikal vorzugehen. Sie können die ersten zehn Vorstellungen zu hohen Preisen stattfinden lassen, können bei besonderen Vorstellungen hohes Geld fordern, aber sie sollten für das Gros der Vorstellungen die kleinen Preise einführen, die sich in anderen Städten gut bewährt haben.

Kartellstatistik.

Von Dr. Ludwig Silberberg-Berlin.

Seit der jetzt schon mehrere Jahre zurückliegenden und infolgedessen veralteten Kartell-enquete der Regierung fehlt es der Theorie und Praxis an fast jedem zuverlässigen Maßstab, der es ermöglicht, den Stand der deutschen Kartell-bewegung in einwandfreier Weise festzustellen.

Solange aber eine ziemlich sichere statistische Aufnahme des deutschen Kartellgebietes nicht vorhanden ist, ermangelt wohl jede Kartelldiskussion der unerlässlichen Grundlage, ganz gleich, ob sie eine allgemeine Kartellfrage — Kartellgesetz — oder eine besondere — man denke an das Händlerproblem — betrifft.

Im folgenden soll nun versucht werden, eine solche Uebersicht*) über den Stand der deutschen Kartellbewegung zu geben.

Die Statistik umfaßt ungefähr den Zeitraum vom 1. Oktober 1909 bis zum 31. März 1910.

Die Gesamtzahl der reindeutschen und derjenigen internationalen Kartelle, zu denen auch deutsche Unternehmen gehören, beläuft sich auf mindestens 500.

Es ist wohl zu beachten, daß dies eine Mindestzahl ist, die nur die bekanntgewordenen Unternehmervereinbarungen enthält, während es über diese Grenze hinaus noch eine unzweifelhaft beträchtliche Menge Kartelle gibt, die, wie gewisse Genossenschaften, zwar bekannt sind, zumeist aber nicht — meines Erachtens mit Unrecht — zu den Kartellen gerechnet werden, oder die im geheimen wirken. Und gerade die Zahl der geheimen Abmachungen — es kommen fast ausschließlich sogenannte Konventionen in Frage — kann, wie gewisse Anzeichen lehren, nicht gering sein. So gibt es z. B. nicht wenige Kartelle, deren Existenz zwar jetzt sichtbar ist, die sich aber vorher, oft Jahre hindurch, der Kenntnis der Öffentlichkeit entzogen haben.

Will man nun diese Mindestzahl von fünfhundert Kartellen in ihrer vollen quantitativen Bedeutung erfassen, sich die Frage beantworten, wieviele deutsche Unternehmen kartelliert sind, so muß man sich vergegenwärtigen, daß ein jedes Kartell notwendigerweise wenigstens zwei Betriebe in sich schließt, ein Fall, der erfahrungsgemäß als Ausnahme zu bezeichnen ist, daß es aber weiterhin eine Reihe Kartelle gibt, die gegen fünfzig Unternehmen vereinen. So enthält beispielsweise das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat siebzig Unternehmen, die Deutsche Ammoniak-Verkaufs-Vereinigung über fünfzig, der Deutsche Stahlwerksverband zweiunddreißig, das neue Kalihyndikat zirka fünfzig, der Verband Deutscher Granitischleifereien ungefähr vierzig, der Verband Deutscher Krawattenfabrikanten über hundert.

Diese Liste ließe sich mit Leichtigkeit vergrößern. Darüber hinaus existieren Riesenkartelle, deren Mitglieder Unterkartelle sind. So besteht allein das Rheinisch-Westfälische Ziegelshyndikat — mit einer Beteiligungsziffer von 1 145 000 000 Ziegeln — aus dreizehn Verkaufsvereinen. Gerade die Mitgliederziffern von Händlerkartellen erreichen mächtige Höhen. So hat z. B. der Verein Rheinisch-Westfälischer Syndikats-Zementhändler zirka zweihundert Mitglieder.

Andererseits ist zu berücksichtigen, daß mancher Betrieb mehreren Kartellen gleichzeitig angehört, eine allerdings nicht häufig zu verzeichnende Erscheinung.

Auf Grund dieser Erwägungen kann man die Frage, wie viele deutsche Betriebe Kartellorganisationen angehören, dahin beantworten, daß schätzungsweise allermindestens 5000 Unternehmen kartelliert sind. Diese Zahl ist wahrscheinlich viel zu niedrig, was sich schon daraus ergibt, daß ein Kartell prinzipiell überhaupt nur dann gründungsfähig ist, wenn es wenigstens die Hälfte der in Betracht kommenden Mengen umfaßt. In Wirklichkeit ist aber die Ziffer der kartellierten Mengen durchschnittlich weit höher. So ist es durchaus keine auffallende Erscheinung, daß das Deutsche Zündholzsyndikat über 90 % der Gesamt-erzeugung deutscher Zündwaren in sich vereint. Es ist zweckmäßig, wenn man die Bedeutung der folgenden Tabellen richtig bewerten will, sich jenes Prinzips stets bewußt zu bleiben.

Wäre es möglich, festzustellen, welche Erzeugnismengen, Arbeitnehmerkräfte, Lohnsummen, abhängige Händler- und Konsumententreife usw. die deutschen kartellierten Betriebe darstellen, kurz ein wie großer Teil der deutschen Volkswirtschaft unter Kartellherrschaft steht —: man würde zu Riesenziffern kommen.

Man wird vielleicht entgegenen, daß man die Bedeutung der Kartellbewegung überschätzt, wenn man keinen Unterschied zwischen Kartellen und Kartellen macht, wenn man insbesondere die „losen“ Preiskonventionen den „festen“ Syndikaten gleichsetzt.

Darauf ist zu erwidern, daß diese oft gemachte Gegenüberstellung, soweit die Begriffe „lose“ und „fest“ Werturteile sind, falsch ist. Die qualitative Einschätzung eines Kartells kann nur davon ausgehen, ob das Kartell sein Ziel erreicht oder nicht, ob es die angestrebte Erhöhung der Rentabilität der kartellierten Betriebe gefördert hat oder nicht. Die Mittel der Kartellpolitik — Preisfestsetzung, Produktionskontingentierung, Verkaufszentralisation und dergleichen — sind an sich indifferent, lassen sich nicht fest bewerten, schon deswegen nicht, weil die „feste“ Syndikatsorganisation für manche Kartellierung — man denke etwa an Wiederverkäufer-

*) Die wesentliche Grundlage dieser Zusammenstellung ist das nächster Tage im Verlage von Ruttammer & Mühlbrecht erscheinende erste Heft des vom Verfasser herausgegebenen Deutschen Kartelljahrbuchs.

Kartelle — einfach wertlos ist, während sich andererseits die „lose“ Preiskonvention für jene als der einzig gangbare Weg darstellt.

Diese Bemerkung auf den Einwurf, daß eine prinzipiell gleichwertige Einschätzung aller Kartelle zu falschen Folgerungen führt, muß im Rahmen vorliegender Arbeit genügen. —

Wenn man nun versucht, sich den Machtkreis des Kartellierungsprinzips zu vergegenwärtigen, so ergibt sich folgendes Bild:

Wirtschaftszweige	Mindestzahl d. Kartelle
a) Steine und Erden	100
b) Metalle (Metallgewinnung und Metallverarbeitung)	70
c) Textilindustrie	70
d) Chemische Industrie	35
e) Nahrung- und Genussmittel	20
f) Kohle	15
g) Häute, Felle, Leder	12
h) Papier, Tapete, Linoleum, Linoleumta	10
i) Holz	10
k) Kautschuk	7
l) Elektrische Industrie	4
m) Verkehr	4
n) Versicherung	3
o) Grossisten, Detailisten	50

Diese Skizze mag genügen. Denn sie soll und kann natürlich nicht zeigen, wie stark die Kartellierung in einem bestimmten Wirtschaftszweig gediehen ist: zehn Kartelle in einer Gewerbe- gruppe können einen höheren Kartellierungsgrad darstellen als fünfzig in einer andern. Diese Uebersicht soll vielmehr nur veranschaulichen, daß das Kartellierungsprinzip die Grobe-

rung fast jeder deutschen Wirtschaft- provinzen bereits in Angriff genommen hat.

Die Lehre, daß insbesondere gewisse Pro- duktionsstadien grundsätzlich nicht Kartellierung- fähig seien, so z. B. die Industrie der Fertig- fabrikate, steht zu der tatsächlichen Entwicklung in diametralem Gegensatz. Die wirtschaftliche und juristische Kartelltechnik hat auch hier die nötigen Mittel gefunden, um das Kartellierungsbedürfnis zu befriedigen. —

Die vorgetragenen Zahlen bieten gewiß in ihren Einzelheiten die Möglichkeit einer verschie- denen Interpretation. Als allgemeines Ergebnis dieser Untersuchung steht aber fest, daß von einem Abflauen der Kartellbewegung nicht die Rede sein kann. Man darf sich durch die Tatsache, daß tagtäglich Kartelle zusammenbrechen, nicht be- irren lassen. Kartelle sollen und müssen sich nach einem gewissen Zeitablauf auflösen. Eine Kar- tellierung ist eine zeitweilige Beschränkung des freien Wettbewerbs, ein Waffenstillstand, nicht je- doch eine Aufhebung des Wettbewerbs, kein Friede. Man darf dieses konstitutive Element des Kartell- begriffs nicht vergessen, es sei denn, daß man die Kartellbewegung verkennen will.

Die Sachlage ist vielmehr die: die Kurve der deutschen Kartellentwicklung hat sich noch nicht gesenkt. Es ist sogar zum mindesten fraglich, ob sie ihren Höhepunkt be- reits erreicht hat. Man muß vielleicht für die nächsten Jahre — man berücksichtige z. B. die Kartellierungsbestrebungen in der Lederindustrie, im Holz- und Müllereigewerbe! — mit einem Steigen der Kartellbewegung rechnen.

Revue der Presse.

Der Berliner Börsencourier (20. April) stellt Ver- gleiche an über die Tätigkeit der

Versicherungsgesellschaften

als Kreditgeber. Nicht allein, daß die oft auch Ver- sicherungsbanken genannten Unternehmungen als Geldgeber am Hypothekenmarkte auftreten, die Versicherung ist viel- mehr auch ein direktes Mittel zur Kreditförderung. Bei der im Jahre 1677 erfolgten Gründung der Hamburger Generalfeuerskasse wurde die Anordnung getroffen, daß nur der Hauseigentümer gesetzlich berechtigt sei, einen Hypothek aufzunehmen, dessen Haus versichert ist. In ähnlicher Weise hat auch die Lebensversicherungspolice, die eine unter allen Umständen einmal zur Auszahlung gelangenden Geldwert repräsentiert, einen Gegenwartswert, der verpfändet oder beliehen werden kann. In zweckmäßiger Weise kann die Versicherung auch bei anderen Versicherungsgarten zur Kredit- förderung ausgenutzt werden. Wer einem Landwirt Kredit gewährt, muß das größte Interesse daran haben, daß sein Schuldner eine umfassende Hagel- und Viehverversicherung ab- geschlossen hat. Ganz allgemein ist es selbst für jeden

Privatmann als Schuldner offensichtlich ein Vorteil, wenn er darauf hinweisen kann, daß er außer einer Lebens- noch eine Unfall-, eine Invaliden-, eine Haftpflichtversicherung laufen hat. Der Verfasser des Artikels wündt insbesondere, daß die Auskunfteien bei Anfragen auch darüber unter- richten, ob und welche Versicherungen die Schuldner ab- geschlossen haben. —

Die Neue Freie Presse (22. April) bringt einige Ausführungen des Oesterreichischen Finanzministers über die Art und Weise, in der die

Neue Oesterreichische Rente

begeben wird. Statt daß wie bisher die Emissionsgeschäfte mit Konsortien abgeschlossen würden, werde die neue Rente an die Postsparkasse gegeben, die nun ihre Sätze mit den einzelnen Bankinstituten einzeln abschliesse. Jedes Institut verpflichtet sich, einen bestimmten Betrag abzunehmen und das bare Geld einzuzahlen. Während sonst beim Konsortium einer dem anderen in die Karten schau, wisse bei dem jetzigen System nur der Postsparkassen-Direktor, was jedes Institut tue. Für die Postsparkasse sei also keine Gefahr, daß sie

einen Teil der Rente behalten müsse. Das erstrebte Ziel sei eine dauernde Platzierung der Rente bis hinaus in die Länder, bis in die kleinsten Schichten der Bevölkerung. Es würden außerdem Vorbereitungen dahin getroffen, daß die Postsparkasse bei ihren Tausenden von Poststellen schon in der nächsten Zeit auch den Coupon der Renten unentgeltlich einlöse. —

In der von Richard Calwer herausgegebenen Wirtschaftlichen Korrespondenz (22. April) wird die Frage untersucht, welche Wirkungen ein

Starkstromgesetz

für die deutsche Volkswirtschaft haben werde. Ein Starkstromgesetz, das kurzerhand privaten Elektrizitätswerken das Wegerecht einräumt, müßte allerdings für die deutschen Städte starke Schädigungen im Gefolge haben. Mit dem durch die Errichtung von Blockstationen im Anschluß an gewerbliche Betriebe unbedingt verbundenen Fortschritt der Verbilligung und rascheren Verbreitung der Elektrizität, die infolge einer kurzfristigen Preispolitik der Städte bisher nur langsam fortschreite, würde zugleich ein wirtschaftlicher Rückschritt verbunden sein. Bei den vielen Kleinbetrieben würde eine Vergewandung von Nationalvermögen eintreten. Die zahlreichen in den Straßen verlegten Leitungen erforderten außerdem eine genaue Festlegung seitens einer Zentralstelle. Das Recht der Kabellegung könne wegen der Aufgrabungen der Straßen nur auf Grund kommunaler Konzessionen erteilt werden. Allerdings sei der großzügige Plan der Versorgung des gesamten westfälischen Industriebezirks mit elektrischer Energie gegenwärtig dem Scheitern ausgesetzt, durch Verweigerung der Kabelverlegung seitens einiger Städte aus Konkurrenzgründen. Dieses Gebiet habe ein berechtigtes Interesse an einem Starkstromgesetz, das den Gesetzgeber befähige, unter gewissen Voraussetzungen wirtschaftliche Schädigungen weiter Kreise durch kleinliche Lokalpolitik zu verhindern. Der bevorstehende Ausbau der Wasserkraften scheine gleichfalls ein Starkstromgesetz notwendig zu machen, das die Benützung öffentlicher Straßen für elektrische Leitungen erzwingen könne. Vor allem müsse also vor einer Diskussion die definitive Fassung des Gesetzes abgewartet werden. —

Der Berliner Börsencourier (22. April) beschäftigt sich mit der

Zukunft der Elektrizitätsindustrie.

Der gesamte Anschlußwert von Glüh- und Vogenlampen-Motoren und Apparaten betrug im Jahre 1899 179 589 KW, 1907 1 100 168 KW und 1909 1 872 592 KW. Die Zahl der am 1. April 1909 in Betrieb gewesenen Zentralen betrug 1978, während im Jahre 1899 nur 489 solcher Elektrizitätswerke existierten. Angesichts solcher Kraftanspannung seien aber die Fragen zu verneinen, ob der größte Teil des Kapitals von Erfindung und Geldmitteln verbraucht, und ob der Weltmarkt nicht auf lange Jahre hinaus genügend mit den Produkten dieser Industrie versorgt sei. Im Gegenteil harrten der Elektrizitätsindustrie noch Aufgaben, deren Lösung viele Ingenieure und Techniker zu beschäftigen imstande sei. Der elektrische Motor erobere sich immer neue Produktionszweige des Handwerks, des Gewerbes und der Großindustrie. Die Nutzbarmachung der Wasserkraften und die Elektrifizierung der Vollbahnen, endlich auch der Elektrizitätsbedarf der Landwirtschaft erspart der

Industrie noch auf Jahre hinaus alle Beschäftigungsvorgen. Besondere Pläne schienen bei der U. E. G. vorzuliegen. Sollte eine Einigung zwischen der Stadt Berlin und der Straßenbahn scheitern, so würde eine Reihe wichtiger Kombinationen in den Bereich der Möglichkeit treten. Die U. E. G. soll, etwa 70 km von Berlin entfernt, große Braunkohlenbergwerke erworben haben, und an Ort und Stelle eine große Ueberlandzentrale errichten wollen. Diese soll nicht nur die ganze Umgegend mit Strom versorgen, sondern auch geeignet sein, Strom bis nach Berlin zu liefern, und die Große Berliner von der Stromversorgung seitens der etwa städtisch gewordenen Berliner Elektrizitätswerke frei zu machen. Bei dem Bau von elektrischen Bahnen gehe die U. E. G. Hand in Hand mit dem Siemens-Schuckert-Konzern. Die Siemens-Werke erhalten immer noch große staatliche und städtische Aufträge und verdienen sehr viel an der Tantallampe, und bringen neuerdings noch eine Wolframlampe auf den Markt, die sich vielversprechend einführe. —

Im gleichen Blatt (22. April) nimmt Oberberggraf a. D. Dr. Wächler das Wort gegen die geplante

Kontingenzierung des Kaliabfuges.

Das Kaligeschäft sei im wesentlichen ein sogenanntes Saisonfrühjahrs- und Herbstgeschäft, das je nach den Umständen, besonders auch nach den Witterungsverhältnissen sich mitunter im Frühjahr sehr stark, dann aber oft im Verlaufe wesentlich schwächer, oft aber auch ganz anders gestaltet, in den einzelnen Sorten ungemein variierend und nach In- und Ausland sich außerordentlich verschieden entwickeln könne. Nehme ein Werk an, daß die starke Nachfrage das Jahr über anhalten könnte, und verkaufe es danach große Quantitäten, so habe es im Frühjahr vielleicht schon sein zulässiges Absatzquantum für das Jahr verkauft, und müsse die übrige Zeit den Betrieb einstellen. Wenn es dagegen vorsichtigerweise zur Zeit der großen Nachfrage sehr wenig verkauft habe, könne es bei stark abflauernder Konjunktur sein Kontingent überhaupt nicht mehr los werden. Auch für die Abnehmer werde das Einkaufsgeschäft sehr erschwert. Sie müßten mit mehreren Werken verhandeln, und kein Werk sei in der Lage, das Quantum genau bestimmen zu können, das es werde liefern können. Am schwierigsten werde sich aber der Auslandsabsatz gestalten. Infolge dieser Unsicherheit werde der Kaliabsatz, welcher der deutschen Industrie so ungemein bitier not tue, ganz erheblich beeinträchtigt. Es sei unzweifelhaft, daß eine Zentralverkaufsstelle, wie ursprünglich vorgesehen, geschaffen werden müsse. Der Gesetzgeber müsse die notwendige Voraussetzung der Durchführung des Gesetzes selbst im Gesetze geben und dürfe sie nicht von einer Vereinbarung der Interessenten abhängig sein lassen. —

Die letzte Lohnerhöhung beim Stahlruß gibt dem Berliner Tageblatt (21. April) Veranlassung zu einem Vergleich der

Deutschen und amerikanischen Montanöhne.

Während die Arbeiterlöhne in der Union nach oben gingen, bewegten sie sich in der heimischen Montanindustrie nach unten. In der amerikanischen Hochkonjunktur von 1902 wurde ein Durchschnittslohn von ca 720 \$ pro Kopf bezahlt, in 1904 ein solcher von nur 677 \$, in 1909 von ca-780 \$, und nach Durchführung der neuen Lohnbewilligung

zurzeit ein solcher von 825 $\text{\$}$. Dagegen ging der reine Lohn pro Mann und Schicht in Oberschlesien von 3,52 M auf 3,48 M , im Saarrevier von 4,04 M auf 3,96 M , in der Nachener Gegend von 4,58 M auf 4,45 M und im Oberbergamt Dortmund sogar von 4,82 M auf 4,49 M zurück. Der Grund für diese konträre Bewegung liegt in dem recht ungleich gewesenen Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften. In der Eisen- und Stahlindustrie erreichte die Union fast durchweg Rekordziffern. Hierdurch wurden die Ansprüche an den Arbeitsmarkt außerordentlich gesteigert. Die Landwirtschaft gibt zudem in den Vereinigten Staaten nicht Arbeitskräfte ab, wie dies in Deutschland geschieht, und außerdem hatte nach der letzten Krisis eine außerordentlich starke Rückwanderung von Arbeitskräften aus der Union nach Europa stattgefunden. In Deutschland dagegen hat sich die gesamte Belegschaft der Steinkohlenbergwerke im Oberbergamtsbezirk Dortmund in den letzten Jahren fast nicht verändert; da außerdem die Erlöse für die Kohle zurückgingen, so sei es nicht gerade auffällig, daß dies sich auch in den Löhnen ausdrückt. —

Wie weit die Errungenschaften der modernen Wirtschaft bis in die anscheinend von ihr unberührtesten Kreise vorgeedrungen sind, zeigt die in der Berliner Morgenpost (24. April) erwähnte

Fachzeitung der Bettler

in Paris. Dieses Blatt erscheint einmal wöchentlich und hat ein ganz kleines Format, ist eigentlich weiter nichts als ein Blatt Papier minderer Qualität, das gefalzt und bedruckt ist. Und dennoch findet das Blatt guten Absatz, denn sämtliche Mitglieder der großen Pariser Bettlergemeinde zählen zu seinen ständigen Lesern. Der Lesestoff besteht aus Ankündigungen großer Hochzeiten, festlicher Taufen, Begräbnisse, großer Empfänge usw. mit Angabe der Zeit und des Ortes. An den erwähnten Tagen erscheint dann zu den vorgemerkten festlichen Vorgängen ein großer Trupp zerlumpter Gestalten. Da der Franzose bei festlichen Anlässen besonders freigebig ist, so ist die Ernte der Bettler meistens sehr gut. —

Die Vossische Zeitung (26. April) veröffentlicht einen Auszug aus der demnächst erscheinenden Schrift des Senatspräsidenten des Oberverwaltungsgerichts Dr. Struß über die

Reichszuwachssteuer.

Es sei vorweg bemerkt, daß Dr. Struß Präsident desjenigen Senats des Oberverwaltungsgerichts ist, der in den Prozessen über die Wertzuwachssteuer zu entscheiden hat. Der Verfasser bezeichnet darin die Bestimmung des § 55 des Gesetzesentwurfs, die den Bundesrat ermächtigen soll, auch Rechtsvorgänge für steuerpflichtig zu erklären, die, ohne unter das Gesetz zu fallen, es einem anderen ermöglichen, über das Grundstück oder Recht wie der Eigentümer oder der Berechtigte zu verfügen, als die Bankrotterklärung der Reichszuwachssteuer. Wenn jetzt die Gemeinde oder der Kreis eine Wertzuwachssteuerordnung beschliesse, die zur Verhinderung der massenhaften Umsätze meist überstürzt sei, so setzten sich sofort die Grundstücksspekulanten mit ihren Rechtsberatern zusammen und hefteten mit mehr oder weniger Glück einen Dreh aus, mit dem sie der Steuer ganz oder teilweise entgehen können. Der Kommunalverband erscheine

dann mit einem erst recht überstürzten Nachtrag zur Steuerordnung auf dem Plane, worauf sich dasselbe Schauspiel wiederhole. Der Verfasser hat Steuerordnungen in der Hand gehabt, die binnen weniger als einem Jahre zwei, ja drei Nachträge erhalten haben, durch die sie eher unklarer geworden waren. Dieses Schauspiel des fortwährenden Hinterherlaufens des Gesetzgebers hinter der Findigkeit der von der Steuer Bedrohten würden wir nun auch im Reiche erleben. Nur sei der Unterschied, daß vermöge des schwerfälligeren, langsam arbeitenden Apparates der Gesetzgebung im Reiche der Steuerberechtigte nicht eine Nasenlänge, sondern etliche Pferdelängen hinter dem findigen Steuerpflichtigen zurückbleiben würde. Deshalb werde dem Bundesrat ein Notverordnungsrecht eingeräumt, wie es die Reichsverfassung nicht kenne. Dieses Recht zur Feststellung von Auslegungsgrundsätzen in einer für die Gerichte bindenden Weise sei nicht zu vereinbaren mit der Unabhängigkeit des Richters. Daß im 20. Jahrhundert in einem Verfassungsstaate jemand im Ernst auf den Gedanken kommen konnte, die Wahrung der Rechtseinheit auf irgendeinem Gebiete dadurch sichern zu wollen, daß einer nicht richterlichen Behörde die Befugnis gegeben werde, den Gerichten in bindender Weise die Auslegung des Gesetzes vorzuschreiben, sei einfach unfassbar. —

Nachdem die Statistiken über die Emissionen der verschiedenen Länder im Jahre 1909 veröffentlicht worden sind, gibt jetzt der Moniteur des Interets materiels (24. April) eine Zusammenstellung der

Emissionen der Welt.

Danach wurden insgesamt im Jahre 1909 an Wertpapieren ca. 24½ Milliarden frs. emittiert gegen 21,2 Milliarden francs im Jahre vorher. Das Jahr 1906 mit 26½ Milliarden ist dabei noch nicht wieder erreicht worden, dagegen wurde das Jahr 1907 der kleinsten Emissionen von 15 Milliarden bedeutend übertroffen. Auf Staatsanleihen usw. entfallen von den Emissionen des letzten Jahres 8½ Milliarden oder 34%, auf Kreditinstitute 2,3 Milliarden oder 9,3%, auf Eisenbahnen und industrielle Unternehmungen 11,3 Milliarden oder 46% und auf Konversionen 2,5 Milliarden oder 10%. Gegen das Vorjahr ist der Anteil der Konversionen wesentlich gestiegen, dagegen der der Industriepapiere und Eisenbahnen gesunken. Was die Verteilung auf die einzelnen Länder anbelangt, so stehen die Vereinigten Staaten mit 8 Milliarden an der Spitze, von denen allerdings zwei auf Konversionen entfallen. Vom Rest sind nur 340 Mill. francs Staatspapiere und 5½ Milliarden Eisenbahn- und Industriewerte. An zweiter Stelle steht Deutschland mit 3,7 Milliarden Emissionen, etwa ebensoviel wie im vergangenen Jahre. Da jedoch hiervon der größte Teil, fast 2 Milliarden, auf Staats- und andere öffentliche Anleihen entfällt und andererseits das Wasser in den amerikanischen Eisenbahn- und Industrieegründungen sehr groß zu sein pflegt, so wird man den Abstand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland in der Aufnahmefähigkeit neuen Kapitals bedeutend niedriger annehmen müssen, als es obige Zahlen angeben. Mit fast einer Milliarde Emissionen von Kreditinstituten übertrifft Deutschland gleichwie bei den öffentlichen Renten sogar alle anderen Länder. Hinter Deutschland rangiert Großbritannien und Kolonien mit noch nicht 3 Milliarden Emissionen gegen 3½ Milliarden

in 1908. Später folgen Rußland mit ca. 2 Milliarden, davon aber über $1\frac{1}{2}$ Milliarden Staatspapieren, und Frankreich samt Kolonien mit etwa $1\frac{3}{4}$ Milliarden. Die übrigen Länder erreichen diese Milliardengrenze nicht. Sämtliche Emissionen des neuerdings favorisierten lateinischen Südamerika beanspruchten zusammen nur ca. $1\frac{1}{2}$ Milliarden. Nahe an einer Milliarde hält sich noch Kanada. Oesterreich-Ungarn, Belgien und die Schweiz bleiben dagegen unter der halben, die übrigen Länder sogar unter der Viertelmilliarde jährlicher Emissionen.

Aus den Börsensälen.

Die Sorgen wegen der Gestaltung der Geldverhältnisse sind ein wenig in den Hintergrund getreten. Nicht etwa deshalb, weil die Lage in England nun geklärt ist, sondern weil die Börse von einer schlimmeren Sorge beherrscht wird. Die amerikanischen Roheisenpreise verfolgen seit mehreren Wochen einen langsamen, aber ständigen Rückgang. Die Unlust der Börse während der letzten Wochen hing zum Teil schon hiermit zusammen. Aber die Spekulation war doch geneigt, in dieser Preisermässigung eine vorübergehende Erscheinung zu erblicken. An einen wirtschaftlichen Rückschlag in Amerika glaubte fast niemand. Nun zeigt sich aber immer mehr, dass die schlechte Lage des amerikanischen Eisengeschäftes unmöglich ganz zufälliger Natur sein kann. Vielmehr macht es den Eindruck, dass die erhebliche Zunahme der Roheisenproduktion im vorigen Jahre weit über den Konsum hinausgegangen ist. Was uns über die tatsächliche wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten getäuscht hat, das waren die relativ niedrigen Zinssätze. Die amerikanischen Banken hatten Ende des vorigen und Anfang dieses Jahres wenig Finanztratten nach Europa geschickt. Daher entstand der Glaube, dass Amerika den europäischen Kredit nicht nötig habe. Statt dessen sind aber die Warenschulden offenbar gewachsen, und jetzt, wo Amerika zur Bezahlung dieser Schulden Gold nach Europa senden musste, hat sich sofort eine Geldklemme eingestellt.

Die Berliner Börse vermochte sich über die in New York eingetretene Ermattung nicht hinwegzusetzen. Es hat lange gedauert, bis die Börsenbesucher zu der Ansicht gekommen sind, dass die Zustände in Amerika einen recht bedenklichen Eindruck machen. Nunmehr gewinnt jedoch auch an der Börse der Glaube an einen amerikanischen Konjunkturrückgang an Anhängern. Die meisten Börsenbesucher vertreten zwar anscheinend den Standpunkt, dass in Amerika wieder sehr rasch ein Wandel zum Bessern eintreten kann, aber sie sind doch vorläufig misstrauisch gegenüber der augenblicklichen Lage geworden. Keineswegs kann man aber behaupten, dass die Stimmung der Börse sehr pessimistisch ist. Die Steigerung verschiedener Spezialwerte, die in den letzten Wochen, wie bekannt, den Berliner Börsenverkehr ausgezeichnet hat, gewährt einen leichten Rückhalt. Die Börsenspekulation hat, sobald sie gewahr wurde, dass in

dem einen oder anderen Papier eine Bewegung zum Durchbruch kam, sich à la hausse engagiert. So bestehen jetzt grosse Hausseengagements in bestimmten Werten, und dies beeinflusst auch die Anschauungen in ganz erheblichem Masse.

Die Steigerung der Spezialwerte hat daher bewirkt, dass die amerikanischen Nachrichten an den deutschen Börsen nicht so scharfe Kursrückgänge hervorgerufen haben, wie man dies hätte erwarten müssen. Immerhin war vor allem ein ständiger Kursrückgang der Montanwerte zu beobachten, wie ja auch ein amerikanischer Konjunkturückschlag in erster Reihe auf die Montanindustrie von Einfluss sein würde. Die andauernd schlechten Berichte vom belgischen Eisenmarkt lassen erkennen, dass die Ermässigung der Roheisenpreise in Amerika sich bereits im Weltmarkt fühlbar zu machen beginnt. Nicht zu verkennen ist, dass in den Aktien der grossen Eisenwerke bereits ansehnliche Baisseengagements eingegangen wurden; die Prolongation einiger Werte, namentlich der Laurahütten- und Bochumer Aktien, erfolgte daher „unter Geldsatz“.

Die Steigerung der Elektrizitätswerte hat diesmal keine Fortsetzung erfahren. Es machte sich sogar deutlich ein Bedürfnis nach Glatstellungen geltend, das sich schon daraus erklärt, dass der Ultimo die sogenannten schwachen Hände zu Liquidationen zwang. Es ist doch aber immerhin bemerkenswert, dass die Kurse sich trotz der erheblichen Steigerung nur in unbedeutendem Masse abschwächten. Das Interesse der Börse wandte sich jedoch jetzt ganz anderen Werten zu. Zunächst entstand eine lebhafte Kurssteigerung in den Aktien der Warschau-Wiener Eisenbahn-Gesellschaft. Es wurden ganz beträchtliche Summen für Rechnung einiger Warschauer Banken aus dem Markt genommen. Dass die Bahn eine wesentliche Steigerung ihrer Gewinnziffern aufzuweisen hat, ging bereits aus den publizierten Ausweisen hervor. Man war sich aber im Zweifel darüber, ob schon für das Jahr 1909 eine Dividende werde zur Verteilung gelangen, weil in den letzten Jahren zur statutgemässen Rückzahlung von Aktien und Genusscheinen der Reservefonds in Anspruch genommen werden musste. Die Spekulation glaubte daher, dass die Gesellschaft erst im nächsten Jahre mit der Dividendenzahlung beginnen, in diesem Jahre jedoch von dem Ueberschuss den Reservefonds ergänzen werde. Diese Erwartung wurde dadurch bekräftigt, dass die Gesellschaft im Dezember 1909 von der Erklärung einer Abschlagsdividende Abstand genommen hat. In der Tat scheint nun der Verwaltungsrat die Verteilung einer relativ hohen Dividende zu beabsichtigen, wenn auch vielleicht die Erwartungen der Börse, die bis zu einem Erträgnis von $8\frac{1}{3}\%$ reichen, übertrieben sind. Die Mehreinnahmen sind auf die Erhöhung der Kohlen- und Zementtarife, in zweiter Reihe aber darauf, wie verlautet, zurückzuführen, dass durch Einführung von grösseren Kontrollen die Verluste durch Diebstahl usw. verringert worden sind.

Angeregt durch die Steigerung der Warschau-Wiener Eisenbahn-Aktien, zeigte sich auch Interesse für andere Eisenbahnwerte. Schantung wurden weiterhin gekauft, obgleich der Kurs selbst unter Berücksichtigung der höheren Dividende schon die Chancen auf eine weitere Steigerung der Einnahmen zum Ausdruck bringt. Auch Henribahn, Orientbahn usw. wurden in grösseren Beträgen aus dem Markte genommen. Aber für diese Werte hielt doch das Interesse nicht so intensiv an wie für Warschau-Wiener. Eine ganz exzeptionelle Stellung nahmen die Aktien der Hohenlohewerke ein. Als vor einigen Wochen verlautete, dass zwischen massgebenden Mitgliedern der Verwaltung und dem Fürsten zu Hohenlohe-Oehringen Verhandlungen schweben, die an den Fürsten zu zahlende Rente von 3 Mill. *M* pro Jahr abzulösen, da war die Berliner Handelsgesellschaft sofort mit einem Dementi bei der Hand. Der Kurs ging auch bald zurück, und selbst diejenigen, die an der Ansicht festhielten, die Ablösung werde durch eine Kapitalerhöhung erfolgen, sahen hierin vornehmlich einen Grund zu Verkäufen. Jetzt hat es aber den Anschein, dass das Dementi eingeweihten Kreisen sehr genehm kam, um noch rasch einen grösseren Posten von Aktien zu erwerben. Die Firma C. Schlesinger, Trier & Co. trat bald darauf andauernd als Käufer für die Aktien auf, und diese Käufe riefen bald die Vermutung wach, dass hinter ihnen eine andere, offenbar genau unterrichtete Seite stehe. Gegen Ende der vorigen Woche und namentlich zu Anfang dieser Woche sprang der Kurs rapide in die Höhe, und nun wurde mit immer grösserer Bestimmtheit versichert, dass das frühere Gerücht der Wahrheit entspricht. Wenn es richtig ist, was am Dienstag am Schluss der Börse erzählt wurde, scheint eine Lösung gefunden zu sein, die allen Teilen gerecht wird mit Ausnahme der Berliner Handelsgesellschaft, die, wie bekannt, bisher den wesentlichsten Einfluss auf das Unternehmen ausübte. Der Fürst zu Hohenlohe soll 30 Mill. *M* neuer Aktien erhalten, die ihm gleichzeitig die Deutsche Bank mit 200% abnimmt. Er würde demnach eine Abfindung von 60 Mill. *M* empfangen, d. h. seine Rente würde mit 5% kapitalisiert werden. Gleichzeitig käme die Deutsche Bank in den Besitz eines grossen Aktienbetrages, der ihr Einfluss auf die Gesellschaft sichert. Da die Hohenlohe-Werke in ihrer Bilanz unter den Passiven ein sogenanntes „Rentensicherstellungskonto“ eingerichtet haben, das mit 50,147 Mill. *M* zu Buche steht, so vermögen sie durch die Ausgabe von 30 Mill. *M* neuen Aktien einen Buchgewinn von ca. 20 Mill. *M* zu erzielen. Hierdurch wird freilich nur zum Teil ein Ausgleich dafür geschaffen, dass nun ein höheres Aktienkapital an der Dividende partizipiert.

Der Kassaindustriemarkt zeigte keine einheitliche Tendenz. Vielfach und namentlich für die in der letzten Zeit gestiegenen Werte war Realisationslust zu beobachten. Eine Fortsetzung konnte die Kurssteigerung der Aktien des grossen Anilinkonzerns erfahren. Allerdings wurden Badische Anilinaktien erheblich gesteigert als Elberfelder Farben, weil der Beschluss der Elberfelder Fabrik, durch Zahlung einer Extradividende eine Gleichstellung der Vermögenswerte herbeizu-

führen, naturgemäss auch schliesslich im Kursstande der Aktien zum Ausdruck kommen musste. — Grosse Erwartungen wurden an die diesjährige Zuckerkampagne geknüpft und daraufhin die Kurse der Zuckerfabrik-Aktien in die Höhe gesetzt. Ein schlesisches Blatt hat insbesondere für die schlesischen Fabriken höhere Dividendenschätzungen verbreitet. Es scheint mir, dass demgegenüber einige Vorsicht notwendig ist. Schon mehrfach, zuletzt noch im vorigen Jahre, wurde mit hohen Dividendengerüchten operiert, aber diese Gerüchte haben sich dann fast immer als stark übertrieben herausgestellt. Bruno Buchwald.

Umschau.

zk. Verlegenheitsfusion. Die Niederlausitzer Kohlenwerke erhöhen ihr Aktienkapital um 6 Mill. *M* auf 12 Mill. *M* und erwerben dafür das Braunkohlenwerk Kraft sowie die Majorität der Gewerkschaften Alwine und Elzer Braunkohlenbergwerk. Zwar ist die Transaktion bisher nur vom Aufsichtsrate beschlossen worden. Bei den Majoritätsverhältnissen kann jedoch die Durchführung der Pläne als sicher gelten. Seit vor einem Jahre der nicht genügend finanzierte Finanzmann Karl Neuburger aus der Verwaltung dieses seines besten Werkes sang- und klanglos herausgedrängt wurde durch das gleiche Fürstenkapital, das seine Erbschaft auch in anderen seiner Gesellschaften angetreten hat, sprach die Börse davon, dass die Niederlausitzer Kohlenwerke jetzt den Mittelpunkt einer grossen Konzentration in der Braunkohlenindustrie bilden würden. Der Ehrgeiz der Herren von der Handelsvereinigung und der Palästinaabank und des ihr nahestehenden Kohlenhandels hatte sicher weitere Ziele, als die von Neuburger gegründete gute Rentabilität des Werkes in Ruhe zu geniessen. Bald hiess es denn auch, dass die Ilse-Bergbaugesellschaft, die Eintracht-Kohlenwerke, die besten des Niederlausitzer Reviers, mit den Niederlausitzern vereinigt werden sollten. Diese schweren Papiere wären durch eine Neuemission zwar leichter, aber wohl nicht wertloser geworden. Trotzdem konnte bald darauf undementiert in der Presse stehen, dass solche Fusion zwar von der Niederlausitzer Verwaltung angeregt worden sei, aber keine Gegenliebe gefunden habe, da sich die jetzt omnipotenten Verwaltungskreise der beiden Gesellschaften dieser Macht nicht freiwillig begeben wollten. Immer neue Versionen tauchten auf, eine phantasievoller als die andere. Das einzig greifbare Resultat ist der jetzt vorliegende Aufsichtsratsbeschluss. Parturiant montes, nascitur ridiculus mus. Eine Kapitalsvereinigung der Kraft-Bergbaugesellschaft mit den Niederlausitzer Werken bot, obwohl beide in verschiedenen Revieren gelegen sind, keine Anstrengung, da sich das massgebende Kapital in denselben fürstlichen Händen befand. Die Angliederung der Elzer Gruben und der Alwine ist aber auch nicht glatt vor sich gegangen. Nur in einer deutschen Zeitung habe ich den Bericht über die letzte Gewerkschaftenversammlung der Gewerkschaft Alwine gelesen. In dieser erschien der zu der Handelsvereinigung in engsten Beziehungen stehende Kohलगrosshändler Wulff mit einem knapp

über die Hälfte hinausgehenden Kuxenbesitz und setzte mit dessen Hilfe und mit Unterstützung eines einzigen Direktors die Abberufung der übrigen Verwaltungmitglieder gegen die kompakte Minorität der übrigen Gewerke durch. Also die Ausnützung der Stimmenmehrheit in ihrer brutalsten Form, die aber für die Öffentlichkeit noch etwas bedenklicher wird, wenn sie ein Kohlenhändler gegen eine Kohlen produzierende und auch verkaufende Gesellschaft anwendet. Die Interessen der Kohलगroßhandlung Wulff sind gleich gross im Industriebezirk wie in Berlin. Am letzteren Orte gehen sie konform mit denen der Fürstengruppe, die auch zusammen eine Kohlenhandlungsgesellschaft gegründet haben für den Weitervertrieb der Kohlen an die Konsumenten. Da die widerstrebenden Gewerke der Alwine über mehr als ein Viertel des Kuxenbesitzes verfügten, so bedarf es weiter keiner Erklärung, dass sich die Niederlausitzer Kohlenwerke nur mit der Majorität des Werkes begnügen, statt sie ganz anzugliedern. Ob die Verhältnisse bei der Elzer Gewerkschaft ähnlich sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Doch ist es zu vermuten, da hier die gleiche Bescheidenheit geübt wird. Während es im rheinisch-westfälischen Revier den Werken gelungen ist, die Herrschaft und Bevormundung des Handels abzuschütteln, scheint sich in der Niederlausitz eine entgegengesetzte Entwicklung anzubahnen. Da ist denn zu bemerken, dass im Niederlausitzer Syndikat die Gruppe der Handelsvereinigung durch die jetzt vollzogenen Akquisitionen noch nicht die Majorität erlangt hat. Wenn nun die Bedenken, sich dem Einflusse und den Interessen der Kohलगrosshandlung Wulff unterzuordnen, die Verwaltungen der Ilse und der Eintracht bewogen haben, sich etwaigen Fusionsprojekten gegenüber ablehnend zu verhalten, so ist dies nicht weiter verwunderlich. Auffällig aber muss es erscheinen, dass gar nichts von der Aufnahme der Neuen Senftenberger Kohlenwerke in die Niederlausitzer Gruppe verlautet ist. Unter dieser Firma ist vor etwa einem Jahre, zwar mit geringem Kapital, eine Gesellschaft gegründet worden, zu dem ersichtlichen, wenn auch nicht öffentlich ausgesprochenen Zwecke, unter späterer Kapitalerhöhung die Anlagen der früheren Senftenberger Kohlenwerke mit ca. 3 Mill. M aufzunehmen. Diese gingen vor mehreren Jahren in Konkurs, und der Besitz wurde von der Familie Werhan erworben, die bereits in der rheinischen Braunkohlenindustrie hervorragend vertreten ist. Diese ist auch im Aufsichtsrat der Neuen Senftenberger Kohlenwerke, neben ihr aber, was wichtiger ist, derselbe Direktor Dr. Wolff, der jetzt die Interessen der Deutschen Bank bei der Handelsvereinigung vertritt. Bisher ist die Konstituierung des Unternehmens noch nicht vollzogen worden, was den Gedanken nahelegt, dass die Verschmelzung dieser bei Senftenberg gelegenen Gruben mit dem grösseren Konzern geplant war, aber bisher gleichfalls nicht zur Ausführung gekommen ist. Die Pläne der Handelsvereinigung und des ihr nahestehenden Kohlenhandels scheinen also noch nicht einmal bei befreundeten Interessentengruppen auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein. Die jetzige Ausdehnung der Niederlausitzer Kohlenwerke erinnert ihrem Werden nach an die Aufnahme der Friedrich Wilhelmshütte durch die Deutsch-Luxemburgische Bergwerksgesellschaft. Auch

damals wurden die Kurse in die Höhe getrieben und die Börsensäule füllten sich mit den abenteuerlichsten Gerüchten über geplante Transaktionen. Schliesslich kam aber statt der erwarteten Fusion mit dem später vom Phönix aufgenommenen Nordstern nur die Angliederung der kleinen Friedrich Wilhelmshütte heraus, die als recht wenig in den Rahmen der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerksgesellschaft passend, ihr auch bis heute noch keine rechte Freude bereitet hat, sondern in jedem neuen Geschäftsbericht Gegenstand von Klagen ist. Ebenso brauchen wohl auch die Aktionäre der Niederlausitzer Kohlenwerke nicht sehr entzückt zu sein über die unter so eigenartigen Umständen vollzogene Kapitalvermehrung. Ob sie unter der Aera Neuburger eine bessere Dividende bezogen haben würden als unter der Aegide der Handelsvereinigung, wird eine müssige Frage sein. Beiden Gruppen der Verwaltung ist jedenfalls eigentümlich, dass ihre wichtigsten Interessen nicht im Werke liegen. Und fast will es scheinen, als ob die Vertreter der Fürstenbergischen und Hohenloheschen Finanzen bei ihren etwas impulsiven Transaktionen eine wenig glückliche Hand haben. Das Schicksal des Passagekaufhauses und der Rattenkönig von Prozessen bei der Levantelinie laden nicht gerade zu Nachahmungen ein.

Auf den Spuren der Bucket shops. Herr G. Z. schreibt mir: „Aus verschiedenen Gründen verdient eine neue Methode des Gimpelfangs niedriger gehängt zu werden, die ein Londoner Bucket shop erfunden hat, namentlich deswegen, weil sie ungemein charakteristisch ist für die ganzen Geschäftsprinzipien dieser interessanten Branche. Vor mir liegt eine nett ausgestattete, 56 Seiten starke Broschüre der Londoner Firma Brown, Saville & Brother, betitelt: „A. B. C. Leitfaden zu erfolgreichen Spekulationen an der Londoner Börse.“ Die Firma war mir völlig unbekannt, bis ich jüngst gleichzeitig von mehreren Seiten erfuhr, dass sie ihre weltbeglückenden Drucksachen in ausserordentlich grossem Umfange in Deutschland verbreitet. In dem der Broschüre beigelegten Zirkular wird u. a. gesagt: „Für jeden Kapitalisten, dem ein Kapital von 100 bis 5000 M. zur Verfügung steht, dürfte es von Interesse sein, zu erfahren, dass durch vorsichtige Spekulation bei Anwendung von zuverlässigen Informationen schon in einigen Tagen Gewinne in der Höhe von 100 % bis 500 % erzielt werden können. Jedermann, Herr oder Dame, welcher unserer Broschüre eine halbe Stunde zur Durchsicht widmet, kann schon in kurzer Zeit alles Wissenswerte über derartige Börsengeschäfte kennen lernen und daher bald in die Lage versetzt werden, auf gewinnbringende Weise zu operieren. Die Einführung unseres sogenannten „Deckungssystem“ mit durchaus limitierter Verbindlichkeit bietet jedermann eine gute Sicherheit, wovon in alten Zeiten niemand geträumt hätte. Durch Anwendung unserer Methode ist jedem, der etwas Kapital besitzt, Gelegenheit geboten, ein nettes Vermögen anzuhäufen (hierbei meinen wir natürlich nicht enorme Reichtümer), während die Verluste auf einen schon im voraus bestimmten Betrag limitiert sind. Das „Averagingsystem“ hat nun den Vorteil, dass bei demselben ein Verlust vollständig vermieden werden kann, und zwar kommt selbiges in Betracht, wenn die Kurse plötzlich fallen und dadurch billiger

gekauft werden kann, um den Totalkurs der betr. Papiere zu reduzieren.“ Hier fällt natürlich in erster Linie das pompöse Wort „Deckungssystem“ auf; dies wird ja hingestellt als eine völlig neue und grundstürzende Methode, von der „in alten Zeiten niemand geträumt hätte“. Das Wort „System“ erinnert an die bekannten „unfehlbaren“ Systeme für die Roulette in Monte Carlo. Kurzum, in dem völlig Geschäftsunkundigen, der ausserdem mit der nötigen Dummheit ausgestattet ist — man beachte: „Jedermann, Herr oder Dame“ —, soll der Glaube erweckt werden, dass endlich der Stein der Weisen entdeckt sei, mit dem an der Börse unfehlbar Geld zu gewinnen ist. Man schlägt also in der Broschüre das Kapitel mit der vielversprechenden Ueberschrift „Das 1%ige Deckungssystem“ auf, in der Erwartung, darin irgendwelches arithmetische und finanztechnische Bimborium zu finden, unter dem schliesslich doch nur die alte Geschichte verborgen ist: wenn's raufgeht, kann sich der Käufer freuen, wenn's runtergeht, so dass seine Deckung verloren ist, ist's aus. Aber welche Enttäuschung. Nichts von alledem! Es steht weiter nichts drin, als dass die menschheitsbeglückende Firma so kulant ist, sich mit 1% Deckung zu begnügen. Die Vorzüge dieses geringen Risikos gegenüber der grossen Chance nach oben werden natürlich gebührend hervorgehoben. Verschwiegen wird dagegen die Kehrseite, dass nämlich die Schäflein um so näher dem Abschachtungsmesser sind, je geringer die Deckung ist. Es wird nur gesagt: „Bei einem Kursrückgange, der die Deckung erschöpft, schliesst sich die Position automatisch.“ Der Klient könne also nie mehr verlieren als die Deckung. Diese eigenartige Kulanz hat aber noch einen besonderen Vorteil, allerdings nicht für die Schafe, sondern für die Scherer: Sie erleichtert dem Bucket shop die Erreichung seines Zieles, nämlich vermittels Inschlaggeschäfts den Einschuss glatt zu schlucken, in dem Masse, dass ihm dieser Erfolg geradezu unter allen Umständen garantiert ist. Die Firma erklärt, ihre Aufgaben immer netto zu stellen, d. h. sie schlägt die Provision nebst Spesen gleich zum Ankaufskurse zu und zieht sie vom Verkaufskurse ab. Das macht in London, ganz niedrig gerechnet, in jedem Falle $\frac{1}{4}\%$. Weiterhin aber kann in London infolge des Unterschieds zwischen Geld- und Briefkurs und der Unzulänglichkeiten der Kursnotierung und -publikation bei jeder Order $\frac{1}{4}\%$ geschnitten werden, d. h. es kann beim Kauf zum wirklichen Ausführungskurse oder dem, der es rechtmässigerweise hätte sein müssen, spielend $\frac{1}{4}\%$ dazugelogen, beim Verkauf vom Kurse abgelogen werden; auch das ist ganz niedrig gerechnet. $\frac{1}{4}\%$ Spesen und $\frac{1}{4}\%$ Kursschnitt, bei An- und Verkauf doppelt, machen zusammen schon 1%, also allein schon soviel wie die Deckung! Also braucht nur ein ganz geringfügiger Kursrückgang einzutreten, ja, er braucht nicht einmal einzutreten, er braucht nur ebenfalls dazugelogen zu werden, und der Bucket shop hat den Einschuss geschluckt! Dass das ganz famose „1%ige Deckungssystem“ auf den Kursschnitt zugeschnitten ist, geht auch aus einem Passus der Broschüre hervor, der sich an anderer Stelle findet: „Die ersten Preise, welche auf der Tape erscheinen, sind nicht die wirklichen Kurse und können als unoffiziell beschrieben werden. Wir operieren daher um keinen Preis vor

11 Uhr.“ Bekanntlich sind die einzigen Orders, bei denen nicht geschnitten werden kann, diejenigen, die zum ersten Kurse ausgeführt werden müssen, während bei allen im Laufe der Börse eintreffenden der Kursschnitt darauf beruht, dass die Zeitpunkte des Eintreffens und des betr. Kurses niemals auf Minute und Sekunde genau festgestellt werden können. Die menschenfreundliche Firma sichert sich aber auch vor der Möglichkeit, jemals ohne Kursschnitt Aufgaben machen zu müssen, indem sie erklärt, niemals zum ersten Kurse auszuführen. Erwähnung verdient noch das im Zirkular gepriesene „Averaging-System“, das sich bei näherem Zusehen erweist als die alte Methode, bei Kursrückgängen zuzukaufen und den Durchschnittskurs zu verbilligen. Dies bringt bekanntlich, falls der Kurs noch immer weiter fällt, nur vergrösserten Schaden. Anwendbar ist das System natürlich nur bei grösserer als 1%iger Deckung. Diese Möglichkeit wird in der Broschüre nebenher auch berücksichtigt, während das famose „1%ige Deckungssystem“ in den Vordergrund gerückt wird, weil es für den einschuss schluckenden Bucket shop den Vorzug eines ganz glatten Geschäfts bietet. Der übrige Inhalt der Broschüre setzt sich aus den plattesten Selbstverständlichkeiten zusammen, von denen man meinen sollte, dass sie auch dem Dümmdsten nicht imponieren können. Aber bei diesem „Meinen-Sollen“ muss der Erfahrene leider einen Vorbehalt machen. Es ist die alte Geschichte: Man fasst sich an den Kopf und sagt: Der Schwindel ist doch so habnebüchen dumm, dass darauf die Leute nicht hineinfallen können. Und kurze Zeit darauf erfährt man trotzdem, dass wieder eine grosse Schar von Lämmern hineingefallen sind. Mögen daher im vorliegenden Falle unsere Zeilen vielen als Warnung dienen, andern wieder das Verständnis der Psychologie der Bucket shops erleichtern und sie in anderen ähnlichen Fällen vor Schaden bewahren!“

Banken und Postscheck. Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Heinz Potthof schreibt: „Wenn der Dresdener Einsender in Nr. 16 S. 295 mir den Vorwurf ungenügender Information macht, so tut er mir unrecht und verschiebt (gewiss bona fide) den Klagepunkt. Natürlich weiss ich, dass dem Postscheckkonto der Banken die gleichen Post- und Reichsbankgebühren belastet werden wie jedem anderen Postscheckkonto. Aber die theoretischen Gebührensätze, mit denen mein Kritiker die Bankforderungen zu rechtfertigen sucht, sind praktisch nicht vorhanden, weil einfach unmöglich. Kann er eine einzige Bank nennen, die täglich 10 oder 20 Kundeneinzahlungen auf ihr Postkonto empfängt und die an einem einzigen Tage diese 10 oder 20 Beträge einzeln bar abgehoben hat oder sie einzeln auf das Postkonto der Reichsbank oder gar einzeln auf das Postkonto einer anderen Bank (unter Anrechnung der vollen Gebühren dort!) überweist? Eine solche Bankleitung gehörte ins Irrenhaus. Tatsächlich erwachsen (von Ausnahmen abgesehen) der Bank täglich 10 Pf. Spesen für die Ueberweisung des Gesamtbetrages der Eingänge. Auf jede einzelne Einzahlung werden in der Regel $\frac{1}{2}$ —2 Pf. Spesen kommen. Meine Angaben bleiben also richtig. Die reine Buchunggebühr von 10 Pf. in Fällen, in denen von der Bank irgendwelche Spesen überhaupt nicht zu zahlen sind, hat der Herr aus Dresden nicht zu verteidigen versucht. Dass im allgemeinen die

Banken manches zur Verbreitung des Scheckverkehrs tun und an den kleinen Schecks direkt nichts verdienen, bestreite ich natürlich nicht.“

Heimatlose Talente. Herr Kurt Weisse-Berlin schreibt: „Im Plutus hat kürzlich ein Aktionär des Schaaffhausenschen Bankvereins die Befürchtung ausgesprochen, dass es für die leitenden Stellen des Unternehmens an geeigneten Kräften zu fehlen scheine. Das war nur eine Stimme aus dem Chorus derer, welche an allen Orten den Mangel an direktionsfähigen Begabungen zu beklagen haben. Tatsächlich wird nur zu oft der Mangel an Talenten empfunden, die Energie und Weitblick, Dispositionsfähigkeit und organisatorisches Genie vereinigen. Kurz, jene Köpfe, die das gesund Amerikanische, das wir für leitende Stellen im neuzeitlichen Wirtschaftsleben brauchen, in sich haben, scheinen selten zu sein. Andererseits berührt es um so eigentümlicher, dass wir solchen Talenten neuerdings so oft dort begegnen, wo es schade um sie ist: auf der Anklagebank. Echtermeyer, Friedberg, Peter Ganter, vielleicht auch Fritz Kluge — wer hätte nicht wünschen mögen, dass diese zweifellos in dem oben erwähnten Sinne äusserst fähigen Menschen auf reeller Basis Gelegenheit zur Betätigung gefunden hätten? Wir sehen hier, wie sich brauchbare Talente an unwürdigen Dingen verschwendet haben, wo andererseits für manchen ehrenhaften Wirkungskreis keine solche Begabung aufzutreiben war. Ich glaube nicht, dass die Leute à la Friedberg, Echtermeyer, Peter Ganter von vornherein geborene Sünder waren. Sie gehören zweifellos zur Klasse der Unternehmer-Naturen. Eines Tages wurde ihnen der subalterne Arbeitskreis, in dem sie sich bewegten, zu erg. Einem inneren Zwange gehorchend, mussten sie dem Trieb nach selbständigen Schaffen nachgeben. Ihr Unheil lag darin, dass sie mit unzureichenden Mitteln ans Werk gingen. So brachen sie frühzeitig zusammen. An der Station der ersten Katastrophe hätten sie jedenfalls die Möglichkeit gehabt, wieder zu subalternen Posten zurückzukehren und ihr Leben fortan in enger Ehrbarkeit zu beschliessen. Das werden aber jedenfalls in solchen Situationen nur die schwächeren Begabungen tun. Die Besseren, Stärkeren werden den Kampf nicht aufgeben und selber auf die Gefahr hin, gefährliche Mittel zu ergreifen, ihr Werk fortzuführen versuchen. Oft haben sie dann auch wirklich Glück, und die Öffentlichkeit erhält niemals Kunde, welche Kollisionen mit der Moral unterwegs passiert sind. Andere Fälle verlaufen weniger glücklich: wir erleben dann die Tragödie der schiefen Ebene. Liesse sich kein Weg finden, der hier eine Oekonomie der Kräfte ermöglicht? Müssen wir solche Talente erst auf der Anklagebank kennen lernen? Wie können die zusammen kommen, die sie brauchen, die Talente ohne Plätze und die Plätze ohne Talente? Hier ist schwer zu raten. Ein Unglück liegt jedenfalls darin, dass diejenigen Leute, die bei Neugründungen (wo Kräfte ihrer Art immer am lebhaftesten vermisst werden) wohl geeignet wären, entsprechende Plätze einzunehmen, niemals etwas davon erfahren, wenn irgendwo eine Sache im Werden ist, wo sich Arbeit für sie fände. Wenn dann das neue Unternehmen in die Öffentlichkeit tritt, ist der Mitarbeiterstab schon komplettiert: sie finden verschlossene Türen. „Ja, wenn man Sie früher gekannt hätte“, heisst es da! Ein weiterer

Missstand liegt aber auch darin, dass die Leute, die solche Talente brauchen, gar nicht mehr in den Kreisen verkehren, wo sie diesen Begabungen begegnen können. Die Direktoren unserer grossen Unternehmungen kommen ja eigentlich nur mit ihresgleichen in Berührung. Geschäftlich wie gesellschaftlich. Ihr Verkehr ist oft so exklusiv, dass sie nur mit den „Spitzen“ bekannt werden. Die unteren Schichten ihrer Beamten usw., wo manche grosszügige Organisationsbegabung verkümmert, lernen sie gar nicht kennen. Dass heute noch derjenige, der im Wirtschaftsleben die Rolle des Rekruten spielt, seinen Marschallstab im Tornister führt, das gibt es ja nicht mehr. Von der Pieke auch nach ersten Plätzen zu kommen, das ist heute kaum mehr möglich. Das Glück hat niemand mehr, da Glück in diesem Falle nichts anderes als Zufall bedeutet. Diesen Unternehmertalenten im subalternen Kreise, auf die niemand aufmerksam wird, bleibt dann, wenn sie ihrem Schaffenstrieb gehorchen wollen, gar nichts anderes übrig, als sich „selbständig“ zu machen. Und da sie meistens auf unzureichende Mittel angewiesen sind, setzt dann bei ihnen jene Gefahr ein, die oben als Tragödie der schiefen Ebene gekennzeichnet wurde.“

Zum Kalistreit. Herr Rechtsanwalt Dr. Werthauer-Berlin schreibt mir: „Ueber die Generalversammlung der Kaliwerke Aschersleben befindet sich in Nr. 15 des Plutus ein Bericht, welcher in manchen Punkten nach meiner Ansicht objektiv nicht zutreffend ist und deshalb im Interesse der Sache einer Ergänzung bedarf; insbesondere ist ausgeführt: 1. dass seitens der Opposition Vorwürfe in der Versammlung gegen die Verwaltung erhoben seien, weil das Bedürfnis bestand, durch den Tadel anderer sich selbst zu erhöhen; 2. der Streit habe mit einem Siege der Partei des Herrn Schmidtman geendet, weil sie eine bessere Taktik angewendet habe; 3. die Revisionskommission habe keinen weiteren Auftrag erhalten, als die amerikanischen Verträge nachzuprüfen; 4. es seien auch sonst alte erledigte Sachen („Kamellen“) unnützerweise vorgebracht, welchen gegenüber die Versammlung sich wie bei früheren Gelegenheiten ruhig verhalten habe. — Diese Angaben sind nicht zutreffend; ad 1: die Opposition ist der sachlichen Ansicht, dass der Abschluss der amerikanischen Verträge zu einem gegen früher wesentlich billigeren Preise die Gesellschaft auf das schwerste schädigt, weil der Preis zu gering ist und weil das notwendige und voraussehbare Eingreifen der Gesetzgebung gegenüber solchen Verträgen nicht beachtet war; deshalb wünscht die Opposition die Nichtdurchführung dieser Verträge, deren Rechtungültigkeit Herr Geheimrat Kempner mit sachlichen Gründen ausführte. Insbesondere ist nach keiner Richtung hin etwa von der Opposition verlangt worden, dass eine Erwerbsgesellschaft nach nationalen Gesichtspunkten ihr Geschäft führen soll, sondern es ist im Gegenteil hervorgehoben worden, dass gerade die Berücksichtigung rein kaufmännischer Grundsätze auch die Erwägung, dass im Falle etwaiger Ausschreitungen die Gesetzgebung hemmend eingreifen könne, involviere, und die richtige Einschätzung dieser Imponderabilien zum kaufmännischen Kalkül gehöre. Ad 2 war die Stimmenverteilung so, dass die Majorität bei der Abstimmung, die als Probe für die Machtverteilung gelten konnte, etwa über 5613, die Minorität etwa über 2530 Stimmen ver-

fügte. Ein Mitglied der Majorität Schmidmann hatte etwa 3282 Stimmen, so dass, wenn diese wegfielen, sich für die Minorität ein Uebergewicht von 199 Stimmen ergab. Dieses Mitglied konnte eventuell bei dem Beschluss über Einsetzung einer Revisionskommission, wenn derselbe mit der Anordnung der Einleitung einer Regressklage verbunden gewesen wäre, nicht mitstimmen, so dass beides im Fall der Verbindung, letzteres allein im Fall der Nichtverbindung in der Versammlung mit Sicherheit von der Minorität durchzusetzen gewesen wäre. Der Einsetzung der Revisionskommission wollte an sich die Majorität, wie der Artikel im Plutus richtig hervorhebt, zustimmen, aber nur entgegen dem Wunsche der Minorität so, dass sie einen gleichen Antrag unter Weglassung der von der Minorität vorgeschlagenen drei Namen einbrachte, so dass, im Falle dieser Antrag Beschluss wurde, der erste Wunsch der Minorität vereitelt und nur der zweite erfüllbar war. Es ist aber durchaus abwegig die Behauptung, dass die Minorität dies übersehen hätte. Sie hat im Gegenteil dies sofort hervorgehoben und erklärt, dass, wenn eine derartige Beschlussfassung erfolge, sie dann zu dem Punkt betreffend Revisionskommission überstimmt sei, aber zu Punkt b der Tagesordnung (Regressklage) in der Abstimmung durchdringe, welches Ergebnis die Majorität vor allem vermieden sehen wollte. Auch die Majorität war vollständig über dieses Stimmungsverhältnis informiert. Gerade deshalb sahen beide Teile ein, dass ein Kompromiss angebracht sei. Die Majorität zog ihren Antrag, betr. Revisionskommission, zurück, der Antrag wurde so, wie die Minorität wollte, mit den von dieser verlangten drei Namen angenommen, und die Minorität liess den Beschluss zu b fallen, für den sie die Majorität hatte. Sie hatte durch Einsetzung der Revisionskommission, so wie sie dieselbe wollte, erreicht, was sie wollte. Die Taktik der Minorität kam zu diesem Sieg, weil eben gerade sie besonders vorsichtig und richtig gewesen. Ad 3: Die Kommission hat nicht nur die amerikanischen Verträge zu prüfen, sondern auch die damit im Zusammenhange stehenden Dinge, insbesondere auch den Verkauf von Sollstedt. Ad 4: Dieser Verkauf und das, „was damit zusammenhängt“, insbesondere die Sollstedtangelegenheit, sind nicht alte Sachen, sondern Dinge, die durch die Revisionskommission gerade zur Erledigung im Sinne der Minorität vorbereitet werden sollen. Die Verwaltung ging einzeln und lebhaft darauf ein. Es ist an verschiedenen Stellen die Möglichkeit einer Klage durch diesbezüglichen Protest zu Protokoll offen gelassen und das Weitere einer demnächstigen Generalversammlung vorbehalten, die hoffentlich unnötig wird, wenn durch Eingreifen der Gesetzgebung und freiwillige ergänzende Vereinbarungen die Bestimmungen der Minorität des Herrn Sauer und anderer zum Wohle der Kaliindustrie und Ascherslebens durchgeführt sein werden.

zk. Da der Kampf um die Kaliwerke Aschersleben nicht hier entschieden werden kann, sich, wie verlautet, die Parteien noch nicht einmal in der Revisionskommission haben einigen können, möchte ich auf die mich nicht überzeugenden Ausführungen des Herrn Dr. Werthauer nicht näher eingehen, sondern nur erwidern, dass ich es mir sehr wohl denken kann, dass einem in einer Versammlung

agierenden Parteivertreter, als die mir die Rechtsanwälte in den Generalversammlungen immer erscheinen werden sich der Verlauf auch objektiv anders darstellt als einem nur zubörenden Journalisten. Auch eine Reihe anderer Teilnehmer hat empfunden, dass gerade Herr Dr. Werthauer versuchte, das nationale Pathos unangebracht hervorzukehren. Wegen der taktischen Unterlegenheit der einen Partei scheint ein Missverständnis vorzuliegen. Lediglich dass Herr Sauer, der materielle Führer der Opposition, taktisch nicht immer die Situation übersah, was ihm ja auch Herr von Gordon einmal vorwarf, und deshalb öfter nicht sein Ziel erreichte, wollte ich zur persönlichen Charakterisierung der Parteien anführen, keineswegs aber den bei der Minorität amtierenden Rechtsanwälten den Vorwurf des Ungeschicks machen. Vielleicht hat auch der abseits stehende Herr Dr. Werthauer nicht gleich mir bemerkt, dass Herr Sauer sehr überrascht und beinahe enttäuscht war, weil ihm durch die mit seiner Zustimmung erfolgte Annahme des Verständigungsantrages der Minorität die Einleitung der Regressklage, die er mit seinen Aktien hätte durchsetzen können, abgeschnitten war. Bei der Formulierung des Revisionsantrages haben beide Parteien nachgegeben. Wer den grösseren Vorteil davon hat, darüber werden naturgemäss verschiedene Meinungen herrschen. Ich glaube, dass ein Gericht auch bei einer Regressklage keine Schädigung der Kaliwerke Aschersleben durch ihren Aufsichtsrat würde konstatieren können.

Schreibfehler. Der Bankkalender pro I. Quartal 1910 enthält irrtümlicherweise den Vermerk, dass die Dürener Volksbank die Aktien der Zülpiicher Volksbank übernehme, während die Uebernahme richtigerweise durch die Dürener Bank geschieht. Ferner muss es heissen: Die Bankfirma Franz H. Moeschler Söhne (nicht Hamveschler) in Meerane geht an die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt über.

Gedanken über den Geldmarkt.

Wie zu erwarten, brachte der Ausweis der Bank von England vom 21. d. M. eine weitere Kräftigung; die in der Hauptsache auf dem Eingang amerikanischen Goldes beruhte. Der Barvorrat zeigte dementsprechend zirka 1 900 000 Pfund Zuwachs, d. i. ungefähr die Summe der ersten New Yorker Eaglesendung. Dieser Verbesserung kommt somit keine Bedeutung zu, da sie vorhergesehen war, dagegen muss die Verringerung des Portefeuilles um ca. 1 $\frac{1}{2}$ Millionen Pfund immerhin als befriedigend angesehen werden.

Bei reiflicher Erwägung muss man jedoch sagen, dass die letzte Woche keine Veränderungen gebracht hat, die eine sorglosere Beurteilung der Situation rechtfertigen. Es ist nicht zu vergessen, dass mit der Abnahme des Portefeuilles bei der Bank gleichzeitig die privaten Depositen, und zwar um eine noch höhere Summe zurückgegangen sind. Die entscheidende Kraftprobe ist aber erst in den letzten Tagen des April und in den ersten des Mai zu bestehen. In der laufenden Woche sind wieder 1 $\frac{1}{2}$ Millionen Pfund für Schatzwechsel zu bezahlen, und weitere Emissionen sind bald darauf zu erwarten, da es aus verfassungrechtlichen Gründen zweifelhaft ist, ob

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:¹⁾

<p>Freitag, 29. April 17/8 %</p>	<p>Düsseldorfer Börse. — Prämienklärung Paris, Zahltag Brüssel. — <i>G.-V.</i>: Vereinsbank Hannover (Fusion), Sächsisch-Thüringische Akt.-Ges. f. Braunkohlenverwertung, Stobwasser, Sächsische Nähfadefabrik Heydenreich, Spinnerei und Weberei Hüttenheim Benfeld, Zellstoff Waldhof, Breslauer Waggonfabrik, Lapp Tiefbohr-Ges., Magdeburger Lebensvers.-Ges., Land- und Seekabelwerke Cöln-Nippes, Leipziger Gummiwarenfabrik Marx, Heine & Co., Breslauer Waggonfabrik.</p>	<p>Donnerstag, 5. Mai 2 %</p> <p>Ironage Bericht. — Bankausweise London, Paris. — Himmelfahrtstag.</p>
<p>Sonabend, 30. April 17/8 %</p>	<p>Bankausweis New York. — Lieferung Berlin, Hamburg, Ultimoliquidation Paris. — <i>G.-V.</i>: Kölner Bergwerks-Verein, Stahlwerk Krieger, Elberfelder Farbenfabriken, Badische Anilin- und Sodafabrik, Alkaliwerke Ronnenberg, Ver. Strohstoffabriken, Rositzer Zucker-Raffinerie, Berliner Hotel-Ges., Gothaer Waggonfabr. (Bothmann & Glück), Butzke Akt.-Ges. f. Metallindustrie, Bartz Lagerhaus, Wollwäscherei Döhren, Englische Wollwarenfabrik, Basalt-Akt.-Gesellsch., Gehe & Co. Akt.-Ges., Deutsch-Atlantische Telegraphen-Ges., Reederei Akt.-Ges. v. 1896, Hein, Lehmann & Co., Carl Ernst & Co., Ver. Riegel- und Schlossfabriken, Frister & Rossmann, Nordhausener Tapetenfabrik. — Schluss der Einreichungsfrist Ver. Riegel- und Schlossfabriken, Zuzahlungsfrist Raths Damnitzer Papierfabriken.</p>	<p>Freitag, 6. Mai 2 %</p> <p>Düsseldorfer Börse. — Ironmonger Bericht. — <i>Aprilausweis Franzosen, Lombarden.</i> — <i>G.-V.</i>: Kalle & Co. Akt.-Ges. Biebrich, Akt.-Ges. für Anilinfabrikation, Akt.-Ges. für Verkehrswesen, Union Bau-Ges. auf Aktien, Eisen-gießerei Keyling & Thomas, Deutsche Lebensvers.-Akt.-Ges. — Schluss des Bezugsrechts neue Aktien Zechau-Kriebitzscher Kohlenwerke.</p>
<p>Montag, 2. Mai 19/4 %</p>	<p>Essener Börs. — <i>Aprilausweis Grosse Berliner Strassenbahn, Allgemeine Berliner Omnibus-Ges., Elektrische Hoch-u. Untergrundbahn, Hamburger Strassenbahn, Hamburg-Altonaer Centralbahn. Bericht der Wolldeputation, Getreidebestände Berlin, Hamburger Kaffeevorräte.</i> — <i>G.-V.</i>: Concordia Bergbau-Ges., Portland-Cementfabrik Stadt Oppeln, Lederfabrik Hirschberg.</p>	<p>Sonabend, 7. Mai 2 %</p> <p>Bankausweis New York. — Lieferung Berlin, Hamburg, Ultimoliquidation Paris. — <i>G.-V.</i>: Kölner Bergwerks-Verein, Stahlwerk Krieger, Elberfelder Farbenfabriken, Badische Anilin- und Sodafabrik, Alkaliwerke Ronnenberg, Ver. Strohstoffabriken, Rositzer Zucker-Raffinerie, Berliner Hotel-Ges., Gothaer Waggonfabr. (Bothmann & Glück), Butzke Akt.-Ges. f. Metallindustrie, Bartz Lagerhaus, Wollwäscherei Döhren, Englische Wollwarenfabrik, Basalt-Akt.-Gesellsch., Gehe & Co. Akt.-Ges., Deutsch-Atlantische Telegraphen-Ges., Reederei Akt.-Ges. v. 1896, Hein, Lehmann & Co., Carl Ernst & Co., Ver. Riegel- und Schlossfabriken, Frister & Rossmann, Nordhausener Tapetenfabrik. — Schluss der Einreichungsfrist Ver. Riegel- und Schlossfabriken, Zuzahlungsfrist Raths Damnitzer Papierfabriken.</p>
<p>Dienstag, 3. Mai 17/8 %</p>	<p>Düsseldorfer Börse. — <i>Reichsbankausweis. — During Kaffeestatistik. — Aprilausweis Luxemburgische Prinz Heinrichbahn.</i> — <i>G.-V.</i>: Hofmann Waggonfabrik, Mathildenhütte, Mansfelder Kupferschieferbauende Gewerkschaft, Bismarckshall, Breslauer Strassenbahn, Neue Berliner Strassenbahnen Nordost Akt.-Ges., Schlesische Kleinbahn, Deutsche Benzin- und Oelwerke, Sitzendorfer Porzellan-Manufaktur Gundlach Akt.-Ges., Safata Samoa Gesellschaft.</p>	<p>Freitag, 6. Mai 2 %</p> <p>Düsseldorfer Börse. — Ironmonger Bericht. — <i>Aprilausweis Franzosen, Lombarden.</i> — <i>G.-V.</i>: Kalle & Co. Akt.-Ges. Biebrich, Akt.-Ges. für Anilinfabrikation, Akt.-Ges. für Verkehrswesen, Union Bau-Ges. auf Aktien, Eisen-gießerei Keyling & Thomas, Deutsche Lebensvers.-Akt.-Ges. — Schluss des Bezugsrechts neue Aktien Zechau-Kriebitzscher Kohlenwerke.</p>
<p>Mittwoch, 4. Mai 17/8 %</p>	<p>Zahltag Paris, Wien. — <i>G.-V.</i>: Paderborner Bank, Schlesische Dampfer-Compagnie, Mannheim-Bremer Petroleum-Akt.-Ges., Kamerun Kautschuk-Co., Wickingsche Portland-Cementfabrik Gebr. Böhler, Kraftübertragungswerke Rheinfelden.</p>	<p>Sonabend, 7. Mai 2 %</p> <p>Bankausweis New York. — Lieferung Berlin, Hamburg, Ultimoliquidation Paris. — <i>G.-V.</i>: Kölner Bergwerks-Verein, Stahlwerk Krieger, Elberfelder Farbenfabriken, Badische Anilin- und Sodafabrik, Alkaliwerke Ronnenberg, Ver. Strohstoffabriken, Rositzer Zucker-Raffinerie, Berliner Hotel-Ges., Gothaer Waggonfabr. (Bothmann & Glück), Butzke Akt.-Ges. f. Metallindustrie, Bartz Lagerhaus, Wollwäscherei Döhren, Englische Wollwarenfabrik, Basalt-Akt.-Gesellsch., Gehe & Co. Akt.-Ges., Deutsch-Atlantische Telegraphen-Ges., Reederei Akt.-Ges. v. 1896, Hein, Lehmann & Co., Carl Ernst & Co., Ver. Riegel- und Schlossfabriken, Frister & Rossmann, Nordhausener Tapetenfabrik. — Schluss der Einreichungsfrist Ver. Riegel- und Schlossfabriken, Zuzahlungsfrist Raths Damnitzer Papierfabriken.</p>

¹⁾ Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttag, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, werauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen. Unter dem Datum steht immer der Privatdiskont in Berlin vom selben Tag des Vorjahres.

Ausserdem zu achten auf:
Geschäftsbericht Nobel Dynamit Co., Lübeck-Büchener Eisenbahn-Ges.
Zulassungsanträge (in Mill. M.):
Berlin: 2,75 Aktien Kaiser-Keller-Akt.-Ges., 3 neue Aktien Deutsche Hypothekenbank Meiningen, 4,8 Aktien Preussische Central-Bodenkredit-Akt.-Ges., 3 4 1/2 % Obl. Nürnberger Metallwarenfabrik Bing. Hamburg: 36,7 4 1/2 % Finnländer Eisenbahnleihe. Frankfurt a. M.: 6 neue Aktien Württembergische Vereinsbank, 2 neue Aktien Württembergische Bankanstalt, 18 4 % Hyp.-Pfdbr. Württemb. Hyp.-Bank. Dresden: 2,5 neue Aktien Chemnitzer Bankverein. Stuttgart: 6 Aktien Württemb. Vereinsbank, 2 Aktien Württemb. Bankanstalt, 18 4 % Hyp.-Pfdbr. Württemb. Hyp.-Bank. Leipzig: 2 neue Aktien Leipziger Immobilien-Ges., 103,6 4 % Rumänische Rente 1910, 1,3 Stammaktien, 0,5 Vorzugsaktien Zimmermann Maschinenfabrik.
Verlosungen:
1. Mai: Ct. Freiburger 15 Frcs. (1861), St. Amst. Ind.-P. 10 Gld. h. (1864), Braunschweiger 20 Tlr. (1868), 3 % Belg. Communal L. 100 Frcs. (1869), Finnländer 10 Tlr. L. (1868), Stadt Genua 150 Lire L. (1870), 3 % Stadt Lüttich 100 Frcs. (1860), 5 % Oest. 500 Gld ö. (1860), Ital. Rote Kreuz 25 Lire (1886). 5. Mai: 3 % Oesterr. Boden-Credit 100 Gld. (1889), 3 und 2 6/10 % Crédit Foncier 500 Frcs. (1879, 1885), 3 % Paris. Stadtl. 500 Frcs. (1875).

die Regierung die Steuereingänge zur Deckung der gegenwärtigen budgetären Bedürfnisse verwenden darf. Die Steuerbeträge könnten demnach erst zur Rückzahlung fälliger Schatzbonds dienen und würden vor dem Juni keine Verwendung finden. Allerdings ist es nicht unwahrscheinlich, dass die Regierung diese Gelder dem Marke auf dem Wege des Rückkaufs von Schatzscheinen schon früher zuführt und ihm damit seine schwierige Aufgabe erleichtert. Denn diese beschränkt sich nicht auf Steuerzahlungen und Schatzwechselfaufnahme, sondern erstreckt sich auch auf die Finanzierung des Ultimozahlungstages

der Stockexchange, die infolge des vorangegangenen Petroleum- und Gummibooms besonders schwierig sein wird. Es fragt sich nun: Wird das Zentralinstitut imstande sein, mit seiner heutigen Reserve die Ansprüche des Marktes für alle diese Zwecke zu befriedigen, oder wird es genötigt sein, durch Erhöhung der Diskontrate jene Ansprüche herabzumindern und die Anziehungskraft Londons auf das gelbe Metall zu erhöhen?

Diese Frage auch nur mit annähernder Sicherheit zu beantworten, ist heute kaum möglich, da man nicht beurteilen kann, ob und in welchem Umfange die Regierung selbst Massnahmen zur Erleichterung der Situation treffen wird, da immerhin der Gang der Goldbewegung schon durch die drohende Notwendigkeit der Diskontveränderung in günstigem Sinne für London beeinflusst werden könnte. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Banque de France sich doch noch zu einer Unterstützungaktion grösseren Stils entschliesst, sobald die 5%ige Bankrate in London akut wird, wenngleich sie bisher stets nur mässige Beiträge Goldes für Süd-Amerika oder für direkte Rimessen nach London gegeben hat. Hierfür ist aber vorläufig nur der Wunsch der Vater des Gedankens, und irgendwelche Anhaltspunkte liegen nicht vor. Wie sich die Goldzirkulation jetzt stellt, so bilden eigentlich die Vereinigten Staaten und die Produktionsstätten die einzigen Lieferanten, deren Eingänge aber durch Abgaben nach Südafrika und Südamerika beeinträchtigt werden. Die Zuflüsse aus Australien und Aegypten absorbiert noch immer der indische Rat, und am Barrenmarkt verhindert die Konkurrenz Indiens und neuerdings wieder Russlands die volle Erwerbung der Ankünfte für die Bank. Es sieht also nicht sehr befriedigend um die Metallposition aus, zumal man die Exporte aus den Vereinigten Staaten mit recht gemischten Gefühlen betrachtet. Man befürchtet von ihnen die Gefahr einer Erschütterung des amerikanischen Wirtschaftslebens, die eine plötzliche und gewaltsame Rückforderung des Goldes notwendig machen könnte.

Der heimische Markt war in der verflossenen Woche mit der Ultimoliquidation beschäftigt, deren Verlauf seine abundante Verfassung von neuem erwiesen hat. Zwar zahlte man den für den Ultimo April recht hohen Reportsatz von $4-4\frac{1}{8}\%$, das Angebot war aber von allen Seiten so reichlich, dass man füglich an der inneren Berechtigung dieser Rate zweifeln konnte. Es hat vielmehr den Anschein, als ob die Geldgeber die Verworrenheit der internationalen Lage zur Festlegung eines hohen Satzes benutzt hätten. Die Seehandlung und Preussenkasse gaben Ultimogeld sogar mit $3\frac{5}{8}-3\frac{3}{4}\%$. Gleichzeitig war das Angebot von täglichem Gelde sehr bedeutend und der Satz sank bis auf $2\frac{1}{2}\%$, während Diskonten bei $3\frac{1}{8}\%$ gesucht waren. Während soweit die Situation in jeder Weise recht betriedigend ist, bleibt als bedenkliches Moment noch immer die Kursentwicklung des Check London, die in der letzten Zeit wieder steigende Richtung einschlagen hat. Nach einer kurzen Ruhepause ist wieder erneuter starker Bedarf hervorgetreten, der teilweise für überseeische Rohstoffimporte dient, in der Hauptsache aber für Zwecke des Auslandes bestimmt gewesen sein mag. So hat Paris dem hiesigen Markte wieder grössere Beträge entnommen, ausserdem aber ist es wahrscheinlich, dass die russischen Barrenkäufe in London von Berlin aus bezahlt werden. Die Reichsbank ist wiederum mit grossen Abgaben dem Markte beigesprungen, ohne weitere Goldexporte wird sie aber einer weiteren Kurssteigerung kaum mehr lange entgegengetreten können. Ihr Status hat sich weiter so befriedigend entwickelt, dass man trotz der frühen Jahreszeit gegen eine leichte Schwächung des Metallbestandes nichts einwenden kann, sofern die Klippe einer Diskonterhöhung damit vermieden werden kann. Sollte also die Bank von England den 5%igen Satz fixieren, so erscheint uns die Reichsbank nach ihrem Status berechtigt, sich zunächst von der englischen Diskontpolitik zu emanzipieren und die Aufrechterhaltung ihres Satzes zu versuchen.

Justus.

Antworten des Herausgebers.

Zollkredit. Obgleich eigentlich die Frage des Ueberganges des Vorzugsrechtes an der Zollforderung auf den Bürgen im Falle des Konkurses durch die Zuschriften, die ich im letzten Plutushefte veröffentlicht habe, erledigt ist, will ich im folgenden doch noch eine Reihe von Zuschriften veröffentlichen, die neues Material in die Debatte tragen.

Herr Dr. jur. Karl Fuchs-Nürnberg schreibt mir: „Ihre Ausführungen in Nummer 14 und 16 des „Plutus“ über die Verhältnisse des Zollbürgen usw. haben mich zu einer Untersuchung veranlasst; ich finde, dass die Rechtslage durchaus einfach ist. Die Entscheidung treffen die §§ 774, 412, 401 BGB., wie bereits von anderer Seite angedeutet wurde. Nach § 774¹ BGB. geht, soweit der Zollbürge die Zollbehörde befriedigt, die Forderung der Zollbehörde gegen den Hauptschuldner auf den Bürgen über. Einer Uebertragung der Forderung bedarf es nicht, da es sich um einen Fall des sog. Forderungüberganges kraft Gesetzes handelt. Nun bestimmt § 412 BGB., dass auf die Uebertragung einer Forderung kraft Gesetzes die Vorschriften der §§ 399 bis 404, 406 bis 410 BGB. (Zession) entsprechende Anwendung finden. Gemäss § 401 Abs. 2 BGB. kann aber der neue Gläubiger ein mit der Forderung für den Konkursfall verbundenes Vorzugsrecht geltend machen. Der Zollbürge ist also nicht gehindert, für seine Forderung das der Zollbehörde nach § 61 Ziffer 2 KO.

zugestandene Vorrecht zu verlangen. Dieses Ergebnis erscheint mir einwandfrei, wenn man bedenkt, dass die Zollbehörde jedenfalls ihr Vorrecht hätte geltend machen können und durch die Geltendmachung seitens des Zollbürgen weder der Gemeinschaftsdner noch die Gläubiger benachteiligt werden. Denn sie erhalten keinesfalls weniger, als sie erhalten hätten, wenn die Zollbehörde selbst ihren Anspruch weiter verfolgte. Im Effekt kommt es nur darauf an, dass der Grundsatz der par conditio creditorum nicht verletzt wird und jeder Gläubiger in gleichem Verhältnis an dem Ertragnis des Verfahrens teilnimmt. Das obige Ergebnis tut diesem Grundsatz keinen Abbruch. Die Gläubiger haben schon bei Beginn des Konkursverfahrens mit dem Vorrechte der Zollbehörde rechnen müssen, und ihre Lage hat sich nicht verschlechtert. Nun gehen Sie — und hier trennen sich unsere Meinungen — von der Ansicht aus, das Vorzugsrecht der Zollbehörde sei ein Ausfluss des staatlichen Hoheitsrechtes (nicht ein staatliches Hoheitsrecht selbst), der Staat könne seine Hoheitsrechte nicht zedieren (es ist aber nur ein Ausfluss!). Abgesehen davon, dass es mit Rücksicht auf die übrigen Privilegien des § 61 KO. zweifelhaft erscheint, ob das Vorrecht der Behörden als Ausfluss eines staatlichen Hoheitsrechtes anzusprechen ist, muss darauf hingewiesen werden, dass das Vorzugsrecht in allen Fällen des § 61 KO. nicht gesondert übertragen werden

kann, da es überhaupt kein besonderes, neben der Forderung bestehendes Recht ist. Und das ist der springende Punkt der ganzen Frage: Ihre Qualifikation des Vorzugsrechtes ist eine irrige. Der Konkursvorzug des § 61 KO. ist kein akzessorisches, neben der Forderung bestehendes Recht, sondern (wie Jaeger, Konkursordnung Anm. 8 zu § 61 treffend ausführt) eine der Forderung selbst innewohnende Reaktionskraft, die sich im Falle des Konkurses bewährt, mit anderen Worten: eine Eigenschaft der Forderung. Diese Eigenschaft mag nun ein Ausfluss des staatlichen Hoheitsrechtes sein, sie ist auch nicht zedierbar, aber sie geht, als mit der Forderung verbunden, kraft Gesetzes mit der Uebertragung der Forderung auf den neuen Gläubiger über.“

Herr Rechtsanwalt Dr. Flechtheim-Köln schreibt: „In Nummer 16 Seite 302 behandeln Sie unter der Ziffer 1910 die praktisch so wichtige Frage, ob das gesetzliche Konkursvorrecht des Zollfiskus auch auf den Bürgen, der die Zollschuld bezahlt hat, gemäss §§ 774, 412, 401 BGB. übergeht. Sie glauben diese Frage verneinen zu müssen, fordern aber die Juristenwelt auf, sich mit der Frage zu beschäftigen. Das ist nun bereits wiederholt geschehen. Die Kommentare stehen, soviel ich sehe, sämtlich auf dem Standpunkt, dass alle Vorzugsrechte des § 61 KO auf den Zessionar mit übergehen. Vor allem hat aber bereits das Reichsgericht sich wiederholt gerade mit dieser speziellen Frage beschäftigt und sie meiner Ansicht nach durchaus zu Recht in bejahendem Sinne entschieden. Ich verweise vor allem auf

die neuen Entscheidungen vom 13. Dezember 1907 in der offiziellen Sammlung Band 67 Seite 219 und vom 17. März 1909 in der Juristischen Wochenschrift von 1909 Seite 281. Es dürfte zweckmässig sein, auch diesen Punkt richtigzustellen, damit keine Verwirrung in die Kaufmannswelt getragen wird. Gerade wegen des Konkursvorzugsrechtes ist ja die Zollbürgschaft mit verhältnismässig geringem Risiko verbunden, was natürlich auch auf die Provision rückwirkt oder wenigstens rückwirken sollte.“

Und endlich zum Abschluss der Diskussion noch folgende Zuschrift des Rechtsanwalts Dr. Rütz-Hamburg:

„In Nr. 16 Ihres Heftes vom 16. April d. J. erörtern Sie die Frage, ob der von der Zollbehörde wegen einer Bürgschaft Inanspruchgenommene auf Grund einer Abtretung der Rechte der Zollbehörde im Konkurse des Hauptschuldners bevorrechtigt ist oder nicht. Der von Herrn Schwarzschild, Halle a. S., vertretene Standpunkt, das Vorzugsrecht des Staates könne nicht übertragen werden, weil es ein Ausfluss des staatlichen Hoheitsrechtes sei, hat auf den ersten Augenblick gewiss etwas Bestechendes, zumal auch die Erwägung hinzukommt, dass der Staat ja durch die Zahlung des Bürgen voll befriedigt ist. Das Reichsgericht hat indessen Gelegenheit genommen, sich schon vor 30 Jahren mit dieser Frage zu beschäftigen, und hat in der im III. Bande Seite 34 abgedruckten ausserordentlich eingehenden Entscheidung sich grundsätzlich dafür ausgesprochen, dass die Forderung mit den konkursrechtlichen Vorrechten auf den Bürgen übergehe.“

Plutus-Archiv. Waren des Welthandels.

Gold.¹⁾

Primäres Gold wird erst in der Neuzeit in bedeutenden Mengen gewonnen. Die mächtige jeweilige Steigerung der Goldproduktion in früheren Zeiten ist meist auf den Abbau neu entdeckten

sekundären Goldes, (Gold auf sekundären Lagerstätten) zurückzuführen gewesen. Diese kommen in folgender Weise in der Natur zu Stande: Durch Zertrümmerung und Verwitterung des goldhaltigen Felsgesteins, durch die Kraft des Wassers und Fortschwemmung wird das Gold in den Sand der Flüsse geführt

(**Goldande, Goldseifen** oder **Goldalluvionen**) oder es lagert sich als Geröll auch auf Felsen ab. Dieses sekundäre Gold hat meist die Form von Körnern oder Blättchen, in einzelnen Fällen die Form kleinerer und selten grösserer Zusammenballungen (Goldklumpen). Das meiste Gold ist bisher als Seifen- oder Waschgold gewonnen. Goldsand, der aus der Zertrümmerung früherer goldhaltiger Gebirge hervorgegangen ist, macht die Hauptproduktion in Russland (Ural und Altai), in Kalifornien, Brasilien, Australien und Neu-Seeland aus. — Die ergiebigen

Goldländer der Gegenwart sind nach ihrem Goldertrag geordnet:

Südafrika (Transvaal, Rhodesien) mit einem Drittel der Weltproduktion, die

Vereinigten Staaten (Kalifornien seit 1887 und Alaska seit 1895) mit einem Viertel der Gold-erzeugung,

Australien und Neu-Seeland seit 1850 bzw. 1859 (ein Viertel bis ein Fünftel),

Asiatisches Russland (ein Zwölftel bis ein Fünfzehntel),

Mexiko und Kanada (je ein Zwanzigstel) Einigermaßen beträchtliche, wenn auch wechselnde Goldmengen werden gegenwärtig noch gefunden in Britisch Indien, Japan, China, Korea, Guajana, Afrikanische Goldküste, Brasilien, Ungarn, Kolumbien, Madagaskar, Zentralamerika, Venezuela, Ecuador, Chile, Peru haben heute nur eine kleine Goldproduktion, die in den letzten Jahren stark zurückgegangen ist. Ganz minimal ist die heutige Produktion von Schweden, Norwegen, Spanien, Italien, Uruguay und Argentinien.

(Fortsetzung folgt.)

¹⁾ Siehe Plutus Seite 303, 326 ff.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schluss-termin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

A.-G. für Glasindustrie, Dresden, 13. 5., 8. 5., 20. 4.
 ● A.-G. Chem. Fabrik Rhenania, Aachen, 9. 5., 4. 5., 15. 4. ● A.-G. für Einrichtung und Betrieb von Grubenbahnen, Dortmund, 12. 5., 8. 5., 22. 4. ● A.-G. für Eisenindustrie u. Brückenbau, Duisburg, 9. 5., 4. 5., 30. 3. ● A.-G. vorm. H. Gladenbeck & Sohn, Bildgiesserei, Berlin, 11. 5., 6. 5., 16. 4. ● A.-G. für Grossfiltration und Apparatebau, Worms a. Rhn., 7. 5., 2. 5., 19. 4. ● A.-G.

Haesler, Mühlhausen (Ob.-Els.), 11. 5., 6. 5., 18. 4. ● A.-G. für industrielle Unternehmungen, Blankenburg a. H., 9. 5., 4. 5., 13. 4. ● A.-G. Mühlbad, Boppard, 12. 5., 7. 5., 9. 4. ● A.-G. Norddeutsche Steingutfabrik Grohn, Bremen, 11. 5., 6. 5., 11. 4. ● A.-G. für Pappenfabrikation, Berlin, 14. 5., 10. 5., 22. 4. ● A.-G. Portland-Cementwerk Berka a. Ilm, Weimar, 13. 5., 8. 5., 20. 4. ● A.-G. f. Verwaltung und Verwertung der Handelsstätte Industrie-Ge-

bäude, Berlin, 9. 5., 4. 5., 16. 4. ● Agrippina, See-, Fluss- und Landtransport-Vers.-Ges., Cöln, 12. 5., 7. 5., 29. 3. ● Aktien-Bau-Verein, Berlin, 1. 5., 6. 5., 20. 4. ● Aktien-Maschinenfabrik „Kyffhäuserhütte“, Artern, 7. 5., 2. 5., 18. 4. ● Aktien-Zuckerfabrik „Eichthal“, Braunschweig, 11. 5., 6. 5., 22. 4. ● Aktien-Zuckerfabrik, Sehnde, 13. 5., 7. 5., 20. 4. ● Allgem. Lokal- und Strassenbahn-Ges., Berlin, 12. 5., 7. 5., 15. 4. ● Allgem. Renten-, Kapital- u. Lebensversicherungsbank Teutonia, Leipzig, 7. 5., 2. 5., 19. 4. ● Aluminium- u. Magnesiumfabrik A.-G. Hemelingen, Bremen, 12. 5., 7. 5., 19. 4. ● Asbest- u. Gummiwerke Alfred Calmon A.-G., Hamburg, 10. 5., 5. 5., 29. 3. ● Aschaffenburger Volksbank A.-G., Aschaffenburg, 9. 5., 4. 5., 18. 4. ● Asscuranz-Compagnie Hansa, Bremen, 11. 5., 6. 5., 15. 4.

Bade-Aktien-Verein, Sondershausen, 7. 5., 2. 5., 21. 4. ● Bayrische Hartstein-Industrie A.-G., Würzburg, 12. 5., 7. 5., 4. 4. ● Bergmann-Elektrizitäts-Werke A.-G., Berlin, 11. 5., 6. 5., 18. 4. ● Boden-A.-G. am Amtsgericht Pankow, Berlin, 11. 5., 6. 5., 18. 4. ● Braunschweigische Landes-Eisenbahn-Ges., Braunschweig, 12. 5., 7. 5., 22. 4. ● Bürstenfabrik Pensberger & Co. A.-G., München, 9. 5., 4. 5., 15. 4.

Carolabad A.-G., Rappoltweiler i. Els., 14. 5., 10. 5., 11. 4. ● Chausseebau-Akt.-Ver. Ichtershausen-Eischleben, Ichtershausen, 21. 4., 16. 4., 18. 4. ● Chemische Fabrik zu Heinrichshall A.-G., Gera (Reuss), 12. 5., 7. 5., 22. 4. ● Chem. Fabriken vorm. Weiler, Uerdingen, Cöln, 12. 5., 7. 5., 16. 4. ● Chemische Werke vorm. H. & C. Albert, Amöneberg, 9. 5., 4. 5., 11. 4. ● China-Export-, Import- und Bank-Compagnie, Hamburg, 10. 5., 5. 5., 18. 4. ● F. Crépin Getreidebrennerei und Presshefefabrik A.-G., Stettin, 14. 5., 9. 5., 20. 4.

Danziger Elektrische Strassenbahn, Danzig, 11. 5., 6. 5., 16. 4. ● Deutsche Linoleum- u. Wachstuch-Comp., Rixdorf, 10. 5., 5. 5., 9. 4. ● Deutsche Nafta-A.-G., Berlin, 11. 5., 6. 5., 8. 4. ● Deutsche Solvay-Werke A.-G., Bernburg, 11. 5., 6. 5., 19. 4. ● Deutsche Sprengstoff-A.-G., Hamburg, 10. 5., 5. 5., 19. 4. ● Deutsche Gelatinefabriken A.-G. Höchst a. M., Frankfurt a. M., 12. 5., 7. 5., 20. 4. ● Drahtseilbahn Erdmannsdorf—Augustsburg A.-G., Augustsburg, 8. 5., 4. 5., 16. 4. ● Dresdner Dynamitfabrik, Dresden, 12. 5., 7. 5., 20. 4. ● Düsseldorf Röhren- und Eisenwalzwerke, Düsseldorf, 12. 5., 7. 5., 13. 4. ● Dynamit-A.-G., Hamburg, 10. 5., 5. 5., 21. 4.

Eisenwerk A.-G., Hamburg, 10. 5., 5. 5., 15. 4. ● Elektrische Strassenbahn Barmen-Elberfeld, 12. 5., 7. 5., 20. 4. ● Ergon-Kosmos A.-G., Karlsruhe i. B., 9. 5., 4. 5., 22. 4. ● Eyacher Kohlensäure-Industrie A.-G., Stuttgart, 9. 5., 4. 5., 5. 4.

Flensburger Elektrizitätswerk A.-G., Flensburg, 14. 5., 10. 5., 13. 4. ● J. Frerichs & Co. A.-G., Osterholz-Scharmbeck, Bremen, 7. 5., 2. 5., 18. 4.

Gaswerk Königshofen A.-G., Bremen, 11. 5., 6. 5., 22. 4. ● Gaswerk Neuffen A.-G., Bremen, 12. 5., 7. 5., 21. 4. ● Gemeinnützige Baugesellschaft des Kreises Höchst, Höchst a. M., 10. 5., 5. 5., 12. 4. ● Geestemünder Creditbank, Geestemünde, 7. 5., 2. 5., 22. 4. ● Glashüttenwerk Kamenz A.-G., Berlin, 11. 5., 6. 5., 19. 4. ● E. Gundlach A.-G., Bielefeld, 3. 5., 28. 4., 16. 4. ● Gussstahl-Werk, Witten, 11. 5., 6. 5., 16. 4.

Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn-Ges., Braunschweig, 10. 5., 5. 5., 19. 4. ● Hedderheimer Kupferwerk und Süddeutsche Kabelwerke A.-G., Frankfurt a. M., 10. 5., 5. 5., 16. 4. ● Heilanstalt Hohenbonnet a. Rhein, Cöln, 7. 5., 2. 5., 21. 4. ● Heymann & Schmidt, Luxuspapierfabrik A.-G., Berlin, 10. 5., 5. 5., 20. 4. ● Hildesheimer Badehallen, Hildesheim, 12. 5., 7. 5., 7. 4. ● Hüsumer Möbelfabrik A.-G., Rödemis b. Husum, Dortmund, 7. 5., 2. 5., 18. 4.

Internationale Baugesellschaft, Frankfurt a. M., 11. 5., 6. 5., 14. 4. ● Jocksdorfer Bergbau-A.-G., Berlin, 7. 5., 2. 5., 19. 4. ● Kölner Lloyd, Allgem. Vers. A.-G., Cöln, 12. 5., 7. 5., 29. 3. ● Kurhaus-A.-G. Bad Arendsee i. Altmark, 9. 5., 4. 5., 22. 4.

Landw. Credit-Verein Erolzheim A.-G., Erolzheim, 10. 5., 5. 5., 4. 4. ● Lolat-Eisenbeton Breslau A.-G., Breslau, 9. 5., 4. 5., 12. 4.

Marienburger Ziegelei und Tonwarenfabrik A.-G., Marienburg (Wpr.), 2. 5., 27. 4., 16. 4. ● Maschinen- u. Armaturenfabrik A.-G., Magdeburg, 9. 5., 4. 5., 13. 4. ● Metallhütte A.-G., Duisburg, 13. 5., 7. 5., 12. 4. ● H. O. Meyer jun., Kommanditges. a. Akt., Harburg, 10. 5., 5. 5., 13. 4.

Neubeckumer Portland-Cement- und Wasserkalkwerke „Zollern“ A.-G., Neubeckum, 12. 5., 7. 5., 9. 4. ● Niederrheinische Güter-Asscuranz-Ges., Wesel, 11. 5., 6. 5., 22. 4. ● Nürnberger Lagerhaus-Ges., Nürnberg, 12. 5., 7. 5., 19. 4.

Osteroder Aktienziegelei, Osterode a. H., 8. 5., 4. 5., 21. 4.

Petersberger Zahnradbahn-Ges., Königswinter a. Rhn., 13. 5., 8. 5., 13. 4. ● Petzold & Aulhorn, A.-G., Dresden-Plauen, 7. 5., 2. 5., 16. 4. ● Phil. Penin, Gummiwarenfabrik A.-G., Leipzig-Plagwitz, 10. 5., 5. 5., 20. 4. ● Poetter & Co., A.-G., Dortmund, 11. 5., 6. 5., 13. 4. ● Pokorny & Wittekind Maschinenbau-A.-G., Frankfurt a. M., 11. 5., 6. 5., 16. 4. ● Portland-Cement- und Wasserkalkwerke „Mark“ A.-G., Neubeckum i. W., Bochum, 11. 5., 6. 5., 18. 4. ● Portland-Cementwerke Höxter-Godelheim A.-G., Hannover, 10. 5., 6. 5., 21. 4. ● „Prudentia“, Vers.-A.-G., Berlin, 12. 5., 7. 5., 16. 4.

Rhein-Westf. Lloyd, Transport-Vers.-A.-G., M.-Gladbach, 6. 5., 2. 5., 18. 4. ● Rhein-Westf. Rückvers.-A.-G., M.-Gladbach, 6. 5., 2. 5., 18. 4. ● Riesaer Strassenbahn-Ges., Riesa, 13. 5., 7. 5., 16. 4.

Sacharin-Fabrik A.-G. vorm. Fahlberg, List & Co., Leipzig, 12. 5., 7. 5., 21. 4. ● Sächsische Glaswerke A.-G., Deuben, Bez. Dresden, 12. 5., 7. 5., 18. 4. ● Sächsisch-Anhaltische Armaturenfabrik und Metallwerke A.-G., Bernburg, 12. 5., 7. 5., 16. 4. ● Sachsenwerk, Licht- u. Kraft-A.-G., Dresden, 10. 5., 5. 5., 14. 4. ● Saalbau-A.-G., Neustadt a. d. Haardt, 11. 5., 6. 5., 16. 4. ● Sanitas A.-G., Hamburg, 12. 5., 8. 4., 18. 4. ● Schönheider Bürstenfabrik A.-G. vorm. F. L. Lenk, Schönheide i. Erzgeb., 10. 5., 5. 5., 13. 4. ● Franz Seiffert & Co. A.-G., Berlin, 10. 5., 5. 5., 13. 4. ● See- und Kanalschiffahrt Wilhelm Hemsoth A.-G., Dortmund, 13. 5., 8. 5., 22. 4. ● Sonneberger Ziegelei Rottmar A.-G., Sonneberg, 7. 5., 2. 5., 19. 4. ● Sprengstoff-Ges. Kosmos, Hamburg, 13. 5., 8. 5., 21. 4. ● Sprengstoffwerke Hoppecke A.-G., Düsseldorf, 7. 5., 2. 5., 16. 4. ● C. Stahmer, Fabrik für Eisenbahn-, Bergbau- und Hüttenbedarf A.-G., Osnabrück, 9. 5., 4. 5., 14. 4. ● Steana Romana, A.-G. für Petroleum-Industrie, Bukarest, 17./30. 4., 10./23. 4., 21. 4. ● Steinkohlenbergwerk Friedrich Heinrich A.-G., Lintfort, 13. 5., 8. 5., 8. 4. ● Symphonionfabrik A.-G., Leipzig, 13. 5., 8. 5., 20. 4.

Terraingesellschaft Berlin-Nordost, Berlin, 13. 5., 8. 5., 14. 4. ● Terrain-Ges. am Neuen Botanischen Garten A.-G., Berlin, 11. 5., 6. 5., 14. 4. ● Thonwerk Schopfheim A.-G., Schopfheim, 9. 5., 4. 5., 18. 4. ● Tramways Mülhausen, Mülhausen i. E., 12. 5., 7. 5., 22. 4. ● Tornowsche Terrain-A.-G., Frankfurt a. M., 10. 5., 5. 5., 13. 4.

Union, Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart, 11. 5., 6. 5., 22. 4.

Vereinigte Filzfabriken Giengen a. d. Brenz, Stuttgart, 10. 5., 5. 5., 21. 4. ● Vereinigte Kunstinstitute A.-G. vorm. Otto Troitzsch Berlin, 10. 5., 5. 5., 14. 4. ● Vereins-Parquetfabrik A.-G., Chemnitz, 7. 5., 2. 5., 22. 4. ● Vorschuss- und Kreditverein Ortenberg A.-G., Ortenberg, 10. 5., 5. 5., 9. 4.

Walzengiesserei vorm. Kölsch & Cie. A.-G., Siegen, 10. 5., 5. 5., 14. 4. ● Wasserwerk für das nördliche westfälische Kohlenrevier, Essen-Ruhr, 11. 5., 6. 5., 11. 4. ● Westfalia, A.-G. für Fabrikation von Portlandzement und Wasserkalk, Bielefeld, 9. 5., 4. 5., 19. 3.

Zimmermann & Buchloh A.-G., Osnabrück, 9. 5., 4. 5., 15. 4. ● Zuckerfabrik Pelplin, Pelplin, 10. 5., 5. 5., 18. 4. ● Zucker & Co., A.-G., Schreibwarenfabrik, Erlangen, 10. 5., 5. 5., 15. 5.

Aus der Geschäftswelt.

Die Mitteilungen in den folgenden Rubriken sind Darlegungen der Interessenten und erscheinen ohne Verantwortlichkeit der Redaktion und des Herausgebers.

Essener Credit-Anstalt in Essen-Ruhr.

Zweigniederlassungen in: Altenessen, Bocholt, Bochum, Dorsten i. W., Dortmund, Duisburg, D.-Ruhrort, Gelsenkirchen, Hamborn, Herne, Homberg a. Rh., Iserlohn, Lünen a. d. Lippe, Mülheim-Ruhr, Münster i. W., Oberhausen (Rhld.), Recklinghausen, Schalke, Wanne, Weselu-Witten.

Aktien-Kapital und Reserven Mark 80 000 000.
Telegramm-Adresse: Creditanstalt. 13006

Fernsprech-Anschluss: Essen Nr. 12, 194, 195, 431, 535, 607, 611, 612, 742 und 844.

Im freien Verkehr ermittelte Kurse vom 26. April 1910, abgeschlossen 6 Uhr abends.

	Ge- sucht	Ange- boten
Kohlen.		
Alte Haase	—	1700
Blankenburg	2800	2900
Brassert	11800	12000
Carolus Magnus	6775	6900
Constantin der Gr.	41000	42500
Deutschland b. Hassl.	—	5350
Dorstfeld	—	14500
Eintracht Tiefbau	—	—
Ewald	—	54700
Fr. Vogel & Unverh.	2250	2325
Friedrich der Grosse	24000	26000
Gottessegen	3500	3850
Graf Bismarck	76000	78500
Graf Schwerin	11800	12200
Heinrich	—	5000
Helene & Amalie	18000	18500
Hermann I/III	4000	4100
Johann Deimelsberg	8600	8800
Kaiser Friedrich	3150	3200
König Ludwig	30800	32000
Königin Elisabeth	20700	21300
Langenbrahm	24500	25500
Lothringen	—	30000
Mont Cenis	23000	23300
Neuessen Act.	455 ⁰ / ₀	470 ⁰ / ₀
Oespel	3750	3800
Schürb. & Charlottbg.	1800	1875
Tremonia	3600	3750
Trier	5950	6050
Unser Fritz	—	29000
Westfalen Anteile	8600	8700

	Ge- sucht	Ange- boten
Braunkohlen.		
Bellerhammer Brk.	3050	3150
Clarenbg. Akt. Braunk.	370	375
Elzer Gruben	—	3150
Humboldt	1250	1325
Lucherberg	3050	3150
Regiser	—	—
Schallmauer, Braunk.	4050	4150

	Ge- sucht	Ange- boten
Kali.		
Adler Vorz.-Act.	113 ⁰ / ₀	115 ⁰ / ₀
Adler Stamm-Act.	74 ⁰ / ₀	75 ⁰ / ₀
Alexandershall	10900	11100
Beienrode	—	6900
Bismarckshall Vorz.-Act.	123 ⁰ / ₀	125 ⁰ / ₀
Bismarckshall Stamm-Act.	—	—
Burbach	14900	15200
Carlsfund	7700	7900
Desdemona	—	—
Deutsche Kaliwerke Act.	143 ⁰ / ₀	45 ⁰ / ₀
Deutschland, Justenbg.	4900	5050

	Ge- sucht	Ange- boten
Einigkeit, Fallersl.	8000	8150
Friedrichshall Act.	107 ⁰ / ₀	109 ⁰ / ₀
Glückauf, Sondershausen	18750	19500
Grossherz. v. Sachsen	8450	8600
Günthershall	5325	5400
Hansa Silberberg	4350	4425
Hattorf, Vorzugs-Aktien	123 ⁰ / ₀	124 ⁰ / ₀
Heiligenroda	6500	6600
Heldburg Act.	87 ⁰ / ₀	89 ⁰ / ₀
Heldrungen I u. II	2775	2825
Heringen	—	—
Hermann II	3975	4050
Hohenfels	8700	8850
Hohenzollern	5700	5950
Immenrode	6450	6550
Johannshall	4500	4700
Justus Act.	117 ⁰ / ₀	119 ⁰ / ₀
Kaiserroda	9900	10200
Krügershall vollb.	125 ⁰ / ₀	127 ⁰ / ₀
Ludwigsh. vollb. Act.	112 ⁰ / ₀	114 ⁰ / ₀
Neu-Bleicherode	—	—
Neustassfurt	13500	14300
Nordhäuser Kali	137 ⁰ / ₀	139 ⁰ / ₀
Ronnenberg Act.	126 ⁰ / ₀	128 ⁰ / ₀
Rossleben	10300	10500
Rothenberg	2975	3025
Sachsen-Weimar	6000	6100
Siegfried I	6000	6100
Siegmundshall Act.	165 ⁰ / ₀	170 ⁰ / ₀
Teutonia	122 ⁰ / ₀	124 ⁰ / ₀
Volkenroda	—	—
Walbeck	—	6250
Wilhelmshall	12600	13200
Wintershall	17400	17700

	Ge- sucht	Ange- boten
Erz.		
Apfelbaumer Zug	325	375
Bautenberg	2775	2800
Concordia	1950	2000
Fernie	3350	3450
Henriette	2625	2675
Kuhlenberger Zug	475	525
Louise Brauneisenst.	1950	2000
Neue Hoffnung	—	—
Victoria bei Littfeld	—	—
Wildberg	325	375

	Ge- sucht	Ange- boten
Div. Kuxe und Aktien		
Ver. Flanschenfabr. und Stanzwerke	114 ⁰ / ₀	117 ⁰ / ₀
Rhein. Bergbau	117 ⁰ / ₀	119 ⁰ / ₀
R.-W. Electr.-W. Act.	174 ⁰ / ₀	176 ¹ / ₂
Düsseldorfer Eisen- und Drahtind. Act.	—	—
Waggonfabr. Uerd. V.-A	—	137 ⁰ / ₀
Westdeutsch. Eisenw.	—	190 ⁰ / ₀

Londoner Börsenkurse
(mitgeteilt von 3002)

M. Marx & Co.,
Gresham House Old Broad Street, London E.C. 4

Filiale Berlin, Unter den Linden 65.

Amerikaner

18. 4.	25. 4.
Atchison	117 ⁰ / ₀ 114 ⁰ / ₀
Baltimore and Ohio	115 113 ³ / ₄
Canadian Pacific	188 ³ / ₄ 186 ¹ / ₄
Erie Common	31 ¹ / ₂ 29 ¹ / ₂
Missouri Kans. and Texas	45 ¹ / ₂ 43 ¹ / ₂
Southern Railway	29 ³ / ₄ 27 ¹ / ₂

Southern Pacific	132 ¹ / ₂	127 ⁷ / ₈
Union Pacific	143 ³ / ₄	187 ⁷ / ₈
U. S. Steel Common	89 ⁷ / ₈	84 ¹ / ₂
Grand Trunk Ordry	24 ¹ / ₄	28 ¹ / ₂

Minen
Südafrikaner und Rhod.

Anglo French Expl.	21 ¹ / ₈	21 ¹ / ₈
Cinderella Deep	29 ¹ / ₈	26 ³ / ₈
Chartered	11 ¹ / ₂	12 ¹ / ₂
Crown Mines	81 ¹ / ₂	81 ¹ / ₂
East Rand Prop.	513 ¹ / ₃₂	511 ¹ / ₃₂
Geduld	211 ¹ / ₁₆	20 ¹ / ₈
General Mining und Fin.	29 ¹ / ₁₆	27 ¹ / ₃₂
Goerz & Co.	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₃₂
Goldfields Ordry	617 ¹ / ₃₂	61 ¹ / ₂
Johannesb. Cons. Inv.	113 ¹ / ₁₆	13 ¹ / ₄
Kleinfontein New	29 ¹ / ₁₆	29 ¹ / ₁₆
Knights Central	13 ¹ / ₁₆	11 ¹ / ₁₆
Langlaagte Estates	215 ¹ / ₁₆	27 ¹ / ₈
Modderfontein	111 ¹ / ₁₆	127 ¹ / ₈
Randfontein	216 ¹ / ₃₂	213 ¹ / ₃₂
Rand Mines	9 ¹ / ₁₆	9 ¹ / ₁₆
Rose Deep	49 ¹ / ₁₆	4 ¹ / ₁₆
Rhodesian Bankets	211 ¹ / ₁₆	211 ¹ / ₁₆
Robinson Deep	31	31 ¹ / ₁₆
South West Africa	37 ¹ / ₈	37 ¹ / ₈
Tanganyikas	62 ¹ / ₂	62 ¹ / ₂
Witwatersrand Deep	43 ¹ / ₄	41 ¹ / ₁₆

Diamant, Kupfer u. andere

Anaconda	913 ¹ / ₁₆	99 ¹ / ₁₆
Associated Gold of W. Aust.	13 ¹ / ₈	6 ¹ / ₈
Boston Copper	31 ¹ / ₈	33 ¹ / ₄
Broken Hill Prop.	38 ¹ / ₈	36 ¹ / ₄
De Beers Defd.	187 ¹ / ₁₆	187 ¹ / ₁₆
Esperanza	20 ¹ / ₈	21 ¹ / ₂
Golden Horseshoe	67 ¹ / ₈	67 ¹ / ₈
Great Fingal Consolidated	21 ¹ / ₃₂	8 ¹ / ₄
Kalgorli	6 ¹ / ₁₆	6 ¹ / ₂
Mount Lyell Mining	36 ⁰ / ₀	36 ⁰ / ₀
Mount Lyell Consols 7/6 shares 7/0 paid	3 ¹ / ₈	3 ¹ / ₈
Oroya Brownhill	7 ¹ / ₈	18 ¹ / ₈
Rio Tinto	76 ¹ / ₈	76 ¹ / ₈
Sons of Gwalia	127 ¹ / ₁₆	127 ¹ / ₁₆
Spassky Copper	31 ¹ / ₁₆	33 ¹ / ₄

Fremde Werte

Engl. Consols 2 ¹ / ₈ %	81 ¹ / ₈	607 ¹ / ₈
Brazilian 4%	80	89 ¹ / ₄
Colombian 1896	41	43 ¹ / ₄
Japanese 4% 1905	80 ³ / ₈	90 ¹ / ₄
Mexican 6%	102 ³ / ₄	101 ¹ / ₄
Peru Ordry	13 ¹ / ₈	12 ¹ / ₂
Peru Pref.	40 ¹ / ₄	39 ¹ / ₂
Province of Buenos Aires 3%	69 ¹ / ₈	69 ¹ / ₈
Venezuela	55 ¹ / ₂	55 ³ / ₄

Minen entwickelten infolge der bevorstehenden Liquidation nur geringe Aktivität, konnten sich jedoch behaupten. Auch im Rhodesien fand nur wenig Geschäft statt. Amerikaner waren tagsüber schwach, werden jedoch nachbörstlich zu höheren Kursen von Wallstreet gemeldet.

„Nordstern“, Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft zu Berlin. In der General-Versammlung wurde die vorgelegte Bilanz und die vorgeschlagene Gewinnbeteiligung genehmigt, wonach an die am Gewinn beteiligten Versicherten M 2966413.38 (gegen M 2760041.46 im Vorjahre) u. an die Aktionäre M 434340.— oder M 180.— für die Aktie wie im Vorjahre verteilt werden. Ferner wurden den Gewinnreserven M 91800.56 überwiesen und M 40892.61 für 1910 vorgetragen. In der Generalversammlung des „Nordstern, Unfall- und Alters-Versicherungs-Actien-Gesellschaft“ wurde die dem Vorjahre gleichende Dividende von 12⁰/₀ der Einzahlung gleich M 108.— pro Aktie an die Aktionäre, die Ueberweisung von M 58901.79 an die am Gewinn beteiligten Versicherten, von M 58901.80 zur Risikoreserve, M 37498.30 zur Haftpflicht-Sonderreserve, sowie der Gewinnvortrag von M 63690.56 genehmigt.

Allgemeine Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft.

Gewinn- und Verlust-Konto
am 31. Dezember 1909.

Bilanz am 31. Dezember 1909.

Soll.	M.	Pf.
Gesamt-Unkosten:		
Wagenausbesserungs-K.	198 678	37
Beleuchtungs-K.	77 266	07
Hufbeschlag-K.	189 426	41
Pferdepflege-K.	60 008	89
Geschirre-Unterhaltungs-K.	24 435	38
Bekleidung-Unterhalt.-K.	12 797	41
Masch.-Untrh.-K.	13 800	35
Invent.-Untrh.-K.	5 345	40
Futtermitt.-K.	2 447 323	19
Gehalt-u. Lohn-K.	2 480 393	82
Kraftw.-Unk.-K.	1 914 532	34
Betriebs-Unk.-K.	30 232	83
Verwalt.-Unk.-K.	60 234	55
Fahrscheine-K.	27 691	80
Grundst.-Unterhaltungs-K.	69 218	11
Mieten-K.	14 850	50
Hypoth.-Zins.-K.	157 853	11
Versicher.-K.	29 082	13
Berufsgen.-Uml.	77 000	—
Krankenk.-Beitr.	40 975	51
Invaliddit.-Beitr.	23 446	17
Pensionskassen-Beitrag	135 067	97
Steuern u. Abg.	81 532	13
Aussergew. Ausg.	6 318	—
Rückstg.f.schweb. Proz.	39 280	08
Kursverl. a. Effekt. Kto. I.	1 999	40
Abschreibungen:		
Grundst.-K.	87 296	83
Pferde-K.	413 639	80
Wagen-K.	199 232	50
Kraftwagen-K.	234 278	32
Bekleidungs-K.	84 778	50
Inventar-K.	26 331	16
Utensilien-K.	19 723	84
Maschinen-K.	15 627	78
Geschirre-K.	25 565	30
Bilanz-Konto:		
Gewinn 1909	305 748	79
	9 631 012	74
Haben.		
Omnib.-Einn.-K.	9 214 953	92
Reklame-K.	168 264	30
Dungpacht-K.	39 038	17
Vermietungs-K.	121 152	95
Aussergew. Einn.	7 044	26
Effekten-Zins.-K.	27 566	93
Zinsen-Konto 1.	33 082	87
Zinsen-Konto 2.	19 909	34
	9 631 012	74

Aktiva.	M.	Pf.
Grundstücke-K.	13 334 001	—
Brandsch.-Regul.	21 000	—
Neu-u. Umbau-K.	28 143	53
Hyp.-Amortis.-K.	61 250	—
Pferde-K.	1 690 022	—
Wagen-K.	453 779	—
Kraftwagen-K.	1 157 000	—
Futter-K.	581 359	—
Bekleidungs-K.	43 610	—
Inventar-K.	74 587	—
Utensilien-K.	4 590	—
Maschinen-K.	33 600	—
Geschirre-K.	32 134	—
Bestände-K.	463 310	—
Kassa-K.	7 603	16
Effekten-Konto 1	1 413 111	25
Effekten-Konto 2	102 515	—
Konto-Korr.-K.	848 304	90
	20 349 919	84

Passiva.	M.	Pf.
Kapital-K.	12 600 000	—
Hypotheken-K.	3 820 000	—
Reservefonds-K.	2 188 239	10
Pfendereserve-K.	400 000	—
Kraftwagen-Reserve-K.	200 000	—
Rückstell.-Konto Victoria-Speich.	14 637	51
Rückstg.f.schweb. Proz.	115 000	—
Talonstempel-Rückstell.-K.	12 600	—
Dispositions-fonds-K.	12 125	—
Berufsgenossenschafts-Res.-K.	49 036	67
Unterstütz.-K.	7 033	59
Maschinen-Erneuerungs-K.	70 701	—
Haftpflicht-Rückstell.-K.	3 333	16
Dividenden-K.	318	—
Barsicherheiten-Konto	89 800	—
Hinterlegte Effekt.	127 507	50
Konto-Korrent-K. Gewinn 1909	333 839	52
	M. 305 748.79	
Verteilung:		
Dispositions-fds.	6 115	—
An Beamte u. Angestellte	27 600	—
Vertragsmäßige Tantiemen	2 050	—
Vortrag auf 1910	269 983	79
	20 349 919	84

3223] Der Vorstand.

Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft in Bochum.

Betrifft: 5% Anleihe vom Jahre 1902.

Durch unsere Bekanntmachung vom 30. März d. J. sind die sämtlichen noch im Umlauf befindlichen M. 7 784 000.— oder Fr. 9 730 000.— Schuldverschreibungen unserer mit 5% verzinslichen hypothekarisch sichergestellten Anleihe vom 15. März 1902 auf Grund des § 8 der Anleihebedingungen zur Rückzahlung zum 1. Juli d. J. gekündigt.

Den Inhabern der vorstehenden gekündigten 5% Schuldverschreibungen machen wir hierdurch folgendes Angebot:

1. Die Schuldverschreibungen, für die im übrigen alle bisherigen Anleihebedingungen bestehen bleiben, werden vom 1. Juli dieses Jahres ab anstatt mit 5% mit 4 1/2% verzinst; sie erhalten durch Abstempelung einen entsprechenden Vermerk.
2. Die Inhaber von Schuldverschreibungen, die hiermit einverstanden sind und in der Zeit vom 30. April bis 31. Mai d. J. ihre Schuldverschreibungen bei einer der unter 3 genannten Stellen zur Abstempelung einreichen, erhalten eine einmalige Vergütung von 1% des Nominalbetrages.
3. Die Schuldverschreibungen sind mit den Erneuerungs- und Zinsscheinen per 1. Januar 1911 und ff. und mit doppeltem arithmetisch geordnetem Nummernverzeichnis zur Abstempelung einzureichen. Das eine Exemplar des eingereichten Nummernverzeichnisses wird seitens der Annahmestellen abgestempelt zurückgegeben. Die Aushändigung der konvertierten Obligationen erfolgt s. Z. gegen Rückgabe des abgestempelten Verzeichnisses bei derjenigen Stelle, bei der die Stücke eingereicht wurden.

Die Einreichung kann erfolgen ausser bei unseren **Gesellschaftskassen in Bochum und Differdingen in Berlin** bei der **Bank für Handel und Industrie** sowie bei deren sämtlichen Niederlassungen, „ „ bei der **Deutschen Bank** sowie bei deren sämtlichen Niederlassungen, „ „ bei der **Direktion der Disconto-Gesellschaft** sowie bei deren sämtlichen Niederlassungen, „ „ bei der **Dresdner Bank** sowie bei deren sämtlichen Niederlassungen, „ „ bei der **Nationalbank für Deutschland**, „ „ bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein** sowie bei dessen sämtlichen Niederlassungen, „ **Breslau** bei der **Breslauer Disconto-Bank**, „ **Elberfeld** bei der **Bergisch Märkischen Bank**, „ **Essen** bei dem **Essener Bankverein**, „ „ bei der **Essener Credit-Anstalt** und deren Niederlassung in **Bochum**, „ „ bei der **Rheinischen Bank** und deren Niederlassung in **Mülheim-Ruhr**, „ **Luxemburg** bei der **Internationalen Bank in Luxemburg**, „ **Brüssel** bei der **Banque Internationale de Bruxelles**. An diesen Stellen wird auch die zu 2 genannte Vergütung von 1% des Nominalbetrages gegen besondere Quittung des Einreichers gezahlt.

Bochum, den 21. April 1910.

Der Vorstand.

Knupe. Knepper. [3232

Die in der Generalversammlung am 19. d. Mts. auf 2 1/2% festgesetzte Dividende ist sofort bei der **Gesellschaftskasse**, Alexandrinenstrasse 24, und der **Nationalbank für Deutschland** zahlbar.

Metallwaaren-Fabrik Aktien-Gesellschaft
Baer & Stein.

LOCKWOOD & CO. Ltd. Foreign Bankers
3 Throgmorton Avenue, London E. C.
Telegramme: „Personify, London“ [3003
Tägliche und wöchentliche Stimmungs-Berichte sowie
Kurs-Zettel auf Wunsch kostenfrei und postfrei.

Martin Jacoby & Co.
Bankgeschäft, Berlin SW., Zimmerstr. 93.
An- und Verkauf von Effekten unter
günstigsten Bedingungen.
Einlösung von Coupons und fälligen
Dividendenscheinen. [3013
Konto-Korrent- und Depositen-Verkehr.

„Adler“

Deutsche Portland-Cement-Fabrik
Aktien-Gesellschaft.

Bilanz-Konto per 31. Dezember 1909.

Debet.		M.	Pf.
Grundstücks-Kto.		539 500	—
Gebäude- und Oefen - Konto		5 900 042	41
Maschinen und Inventar . . .		3 757 052	—
Inventarbest. an Fabrikaten etc.		1 446 953	05
Kassa-Konto . .		16 071	93
Debitores und Wechsel . . .		897 504	55
Effekten-Konto		158 128	30
Assekuranz - Kto.		64 589	87
		12 779 842	11
Kredit.		M.	Pf.
Aktien-Kapital-K.		5 500 000	—
Reservefds. - Kto.		2 943 515	73
Konto - Korrent- Reserve		20 000	—
Erneuerungsfds.		20 000	—
Arbeiter-Unter- stützgs. - Kasse		14 233	14
Beamt.-Pensions- Kasse . . .		42 699	34
Obligations - Kto.		2 758 420	—
Obligat. - Zinsen- Konto 1908 . .		22	50
Obligat. - Zinsen- Konto 1909 . .		2 452	50
Divid.-Kto. 1905		90	—
do. 1906 . . .		300	—
do. 1908 . . .		1 100	—
Kreditores . . .		1 001 064	04
Hypotheken-Kto.		22 000	—
Saldo-Gewinn . .		443 944	86
		12 779 842	11

Die pro 1909 auf 3% festgesetzte Dividende gelangt mit **M. 30.—** pro Aktie auf den Dividendenschein No. 16 vom **25. d. Mts. ab** in Berlin an der **Kasse der Gesellschaft** sowie bei der **Deutschen Bank** und bei der **Nationalbank für Deutschland** zur Auszahlung. [3227]

Berliner Spediteur-Verein

Aktien-Gesellschaft.

Bilanz am 31. Dezember 1909.

Aktiva.		M.	Pf.
Grundstücks-Konto Lausitzer Str. 44		510394	30
Grundstücks-Konto Steglitz		75903	12
Bau-Kto. Lausitzer Strasse 44 . . .		10000	—
Kassa-Konto . . .		20507	76
Effekten-Konto . .		166481	—
Wechsel-Konto . .		5471	10
Effekten-Zins.-Kto.		1381	15
Futter-Konto . . .		7440	48
Kto.-Korrent-Kto..		2044595	88
Pferde-Konto . . .		63841	84
Fuhrwerks-Konto .		18677	90
Wagenplan-Konto .		1	—
Utensilien-Konto .		1	—
Maschinen-Konto .		1	—
Drucksachen-Kto. .		1	—
Güterschuppen-K. .		2607	39
Speditons-Konto . .		73500	—
Kautions-Effekt.-K. 3226]		3000806	92
Passiva.		M.	Pf.
Stamm-Akt.-Kapital		478200	—
Vorzugs-Aktien- Kapital		1080000	—
Reserve-Fonds-Kto.		135845	87
Spezial-Reserve- Fonds-Konto . . .		62000	—
Rückstellungen - K.		86000	—
Hypotheken-Konto		375000	—
Dividenden - Konto		510	—
Kto.-Korrent-Kto. .		97029	68
Unfall - Versicher.- Prämien-Konto . .		12000	—
Kautions-Konto . .		73500	—
Gewinn- u. Verlust- Konto		600721	37
		3000806	92

Schreibmaschinen-Arbeiten,

Abschriften, Manuskripte etc. sowie Vervielfältigungen jeder Art werden schnellstens ausgeführt.

Emma Bloch,
S., Alexandrinenstr. 42.

Bilanz der Schlesischen Elektrizitäts- und Gas- Aktien-Gesellschaft am 31. Dezember 1909.

Aktiva.		M.	Pf.	M.	Pf.	
1. Gasanstalt Glogau						
a) Anlage		1 305 791	69			
b) Betriebs-Konten		261 680	54	1 567 472	23	
2. Oberschles. Elektrizitäts-Werke						
a) Anlage		24 812 505	15			
b) Betriebs-Konten		574 240	34	25 386 745	49	
3. Konto-Korrent in Breslau					166 792	35
4. Effekten-Konto, hinterl. Kauttionen					146 003	—
5. Kautions-Wechsel-Konto, hinter- legte Kautions-Wechsel					32 500	—
				27 299 513	07	
Passiva.		M.	Pf.	M.	Pf.	
Aktienkapital-Konto:						
1750 alte Aktien à 600 M.		1 050 000	—			
875 Aktien La. A à 1200 M.		1 050 000	—			
7450 Aktien La. B à 1200 M.		8 940 000	—	11 040 000	—	
Teilschuldverschreibungs-Konto				6 600 000	—	
Reservefonds-Konto				1 516 752	76	
Abschreibungs-Konto				6 384 204	81	
Dispositionsfonds-Konto				190 306	80	
Rückstellung auf Talonsteuer				20 000	—	
Hypotheken-Konto				290 000	—	
Aval-Kreditoren				32 500	—	
Dividende unerhoben				894	—	
Obligations-Zinsen rückständig am 31. 12. 1909				106 289	—	
Gewinn-Ueberschuss				1 118 565	70	
				27 299 513	96	
Gewinn- und Verlust-Konto.						
Debet.		M.	Pf.	M.	Pf.	
Geschäftskosten einschl. Steuern und einschl. der festen Vergütung für den Aufsichtsrat				50 512	86	
Zinsen-Konto				281 230	21	
Gewinn-Anteil der Stadt Glogau				53 506	35	
Vertragliche Abgaben und Gewinnbeteiligungen im Versorgungsgebiete der Oberschlesischen Elektrizitäts-Werke				90 269	84	
Abschreibung auf die Anlage-Konten				1 450 000	—	
„ „ Betriebs-Konten				14 000	—	
Rückstellung auf Talonsteuer				20 000	—	
Gewinn-Ueberschuss				1 118 565	70	
				3 078 084	96	
Kredit.		M.	Pf.	M.	Pf.	
Vortrag aus 1908				34 507	60	
Ertrag der Oberschlesischen Elektrizitäts-Werke				2 901 476	35	
Ertrag der Gasanstalt Glogau				142 101	01	
				3 078 084	96	

[3222]

Carl Neuburger Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Aktienkapital 5 Millionen Mark

Berlin W. 8, Französische Strasse 14

An- und Verkauf von Wertpapieren
Annahme von Depositengeldern zur Verzinsung
Einlösung von Coupons
Ausstellung von Checks und Kreditbriefen

Inkasso von Wechseln und Checks
Versicherung v. Wertpapieren gegen Kursverlust bei der Auslosung
Aufbewahrung von geschlossenen Dépôts
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren

Beschaffung und Unterbringung von Hypothekengeldern

[3004

Stahlkammer, in der eiserne Schrankfächer auf beliebige Zeit vermietet werden.

Börsen-Wochen-Bericht wird an Interessenten porto- und kostenfrei versandt.

Bankgeschäftliche Auskünfte kostenlos auf Grund sorgfältigster Informationen.